

Die bairische Herrschaft in Böhmen. 1741-42

Author(s): Theodor Tupetz

Source: *Historische Zeitschrift*, Bd. 42, H. 3 (1879), pp. 385-441

Published by: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH (and its subsidiary Akademie Verlag GmbH)

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/27593082>

Accessed: 06-03-2020 11:23 UTC

---

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH (and its subsidiary Akademie Verlag GmbH) is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Historische Zeitschrift*

JSTOR

## VIII.

### Die bairische Herrschaft in Böhmen. 1741—42.

Von

Theodor Gupek.<sup>1)</sup>

„Der Kaiser ist todt, das Reich wie das Haus Oesterreich ist ohne Oberhaupt, die Finanzen Oesterreichs sind zerrüttet, die Armeen heruntergekommen“, so schilderte am 5. November 1740 Friedrich der Große den Zustand Oesterreichs. Welche Verlockung für eroberungslustige Nachbarn! Man brauchte, so schien es, nur zuzugreifen, um die reichsten Provinzen in seinen Besitz zu bringen; kein Wunder daher, wenn von allen Seiten die Bewerber erschienen. Unter ihnen auch der Kurfürst von Baiern, dessen Wünsche auf den Besitz des eigentlichen Kernes der österreichischen Lande und insbesondere auf den Böhmens gerichtet waren.

Man weiß, von welcher Art die Ansprüche waren, welche Karl Albrecht glaubte erheben zu können; nach bairischer Darstellung waren sie in Bezug auf Böhmen ganz besonders gewichtig<sup>2)</sup>. Dieselben gründeten sich nämlich auf das Testament

---

<sup>1)</sup> Vorzugsweise nach den im Prager Landesarchive befindlichen Abschriften aus dem Münchner Reichs- und dem Münchner Staatsarchiv, dann einigen Schriftstücken in der alten Registratur der böhmischen Stände.

<sup>2)</sup> Skrupel auflesendes Beantwortungsschreiben eines in Regensburg substituierenden böhmischen Ritters, 8. August 1741. Kurze Bemerkung der Urfachen, welche den Kurfürsten von Baiern bewogen, die österreichischen Erbländer in Besitz zu nehmen, (gedruckt) und dasselbe in sehr schlechtem Tschechisch. M. St. N. 413/150. 387/9.

Ferdinand's I., also, wie man jetzt hervorhob, desjenigen Fürsten, welcher Böhmen überhaupt erst dem habsburgischen Hause gewonnen hatte und zwar durch seine Heirat mit der Sagellonischen Anna, der „Erbin Böhmens“. Man wußte aber in Baiern noch mehr. Die Lieblings Tochter des fürstlichen Paares, so sagte man, sei die Erzherzogin Anna gewesen, von den Töchtern die älteste und zugleich diejenige, welche den Namen ihrer Mutter trug. Deshalb sei ihr auch, als sie den Herzog Albrecht V. von Baiern heiratete, ausdrücklich in zwei Urkunden die Thronfolge zugesagt worden für den Fall, daß ihre Brüder ohne männliche Erben mit Tod abgehen würden, und um diese Zusage noch kräftiger zu machen, habe sie Ferdinand I. in seinem Testamente und dem Codicill dazu noch zwei Mal vollinhaltlich bestätigt. Der Nachkomme und Erbe jener Erzherzogin sei aber, so lautete die Folgerung, eben der Kurfürst Karl Albrecht von Baiern, der also nach dem Aussterben des österreichischen Mannsstammes ein unzweifelhaftes Anrecht auf die böhmische Krone habe. Ja, man ging noch weiter; wenn man die bairischen Rechtsausführungen las, so war eigentlich die ganze habsburgische Herrschaft in Böhmen seit Ferdinand's Tod nur eine Art unrechtmäßigen Interregnums, das jetzt erst zu Gunsten des wahren Erben ein Ende nahm.

Die Berufung auf das Testament Ferdinand's I. war nun freilich, wie bekannt, nicht eben glücklich. Das Wiener Original desselben versprach der Erzherzogin Anna nicht schon nach dem Aussterben der männlichen Nachkommen Ferdinand's, sondern erst nach dem Aussterben der ehelichen, also der männlichen und weiblichen, Nachkommen die Thronfolge. Man sprach zwar von Fälschung, aber die Besichtigung der Urkunde durch den bairischen Gesandten, Grafen v. Perusa, welche Maria Theresia im November 1740 in feierlicher Weise vornehmen ließ, erwies auch diesen Einwurf als nichtig. Man prüfte das Pergament von vorn und von rückwärts, gerade und verkehrt, hielt es selbst gegen das Licht, um etwaige Radirungen zu bemerken, musterte jeden weißen Streifen, der sich im Pergamente fand — alles umsonst; verlegen mußte Perusa anerkennen, daß wirklich nur die Worte:

„eheliche Nachkommen“ im Testamente standen und daß eine Fälschung mindestens nicht nachweisbar sei<sup>1)</sup>.

Aber der Kurfürst war nicht geneigt, seine Ansprüche so ohne weiters aufzugeben; zu fest hatte er sich in dieselben eingelebt und zu günstig erschien die Gelegenheit zu ihrer Verwirklichung. Man hielt sich daher vor allem an die beiden älteren Dokumente, den Heiratskontrakt der Erzherzogin Anna und ihre Verzichtleistung, behauptete, daß der wahre Sinn des Testamentes eben aus diesen Schriftstücken zu erkennen sei, und verlieh sich im übrigen auf die Gewalt der Waffen, die allerdings den Baiern günstigere Erfolge verhieß.

Die Truppen Karl Albrecht's waren Mitte September des Jahres 1741 im Bunde mit den Franzosen in Oberösterreich eingedrungen, hatten sich am 20. Oktober nach Norden gewendet und standen am 7. November an der böhmischen Grenze. Vier Armeen bewegten sich nun von Süden, Westen und Norden gegen Prag, drei bairisch-französische und eine sächsische Hülfarmee; bei der einen, die von Süden heranrückte, befand sich der Kurfürst selbst. Man betrachtete es als ein gutes Zeichen, daß die Bevölkerung den eindringenden Heeren an vielen Orten freundlich entgegenkam: ein Pfarrer erschien vor dem Kurfürsten, um ihn zu segnen; ein Bauer brachte ihm ein erlegtes Reh zum Geschenke; dem General Minuzzi, der von der Oberpfalz her in Böhmen einbrach, trugen die Bauern von Meyerhöfen ihre Beschwerden gegen den Gutsherrn vor. Ohne Widerstand zu finden, erreichte man den Weißen Berg und stand so im Angesichte von Prag, das von dem Grafen Ogilby mit einer schwachen Besatzung und einer Handvoll Bürger und Studenten vertheidigt wurde. Die Belagerer beschloffen, kühn genug, sofort einen Handstreich zu versuchen; zur Ausföhrung war die Nacht vom 25. auf den 26. November bestimmt. Um 1 Uhr nach Mitternacht begann eine heftige Kanonade.

<sup>1)</sup> Aufzeichnung des geh. Staatsexpeditionsregistrators v. Schneller vom 19. November 1740, M. R. N.; österr. Successionskrieg Fasc. 2 Nr. 6; Maria Theresia an ihre Vertreter an fremden Höfen, Wien, 23. November 1740 (ebenda); vgl. Heigel, der österr. Erbfolgestreit; Arnetz, Maria Theresia u. a.

Mehrere Scheinangriffe lenkten die Aufmerksamkeit der Belagerten auf die Kleinseite und den Gradschin, wo vorläufig gar kein Sturm beabsichtigt war; unterdessen kletterten an der entgegengesetzten Seite, beim Kornthore, geführt von dem später so berühmt gewordenen Grafen von Sachsen, die französischen Grenadiere „wie Löwen“ die Mauern hinan. Den Säbel in der Hand, mit dem Rufe: „Schlagt drein, schlägt drein, es lebe der König von Böhmen!“ drangen sie in die Stadt. Eine halbe Stunde später gelang es den Sachsen, ein Thor auf der Kleinseite zu bewältigen; die andern öffneten die französischen Grenadiere von innen mit Beilhieben. Von allen Seiten strömten die Belagerer ein. Der Gouverneur, die Vergeblichkeit jedes weiteren Widerstandes erkennend, gab sich mit der gesammten Besatzung gefangen und überreichte die Schlüssel der Festung; die Magistrate warfen sich vor dem Grafen von Sachsen auf die Kniee und baten um Verschonung der Stadt. Diese Bitte wurde gewährt, jede Plünderung verboten. Der Graf von Sachsen versprach den raublustigen Soldaten, er wolle ihnen für ihre Mäßigung reicheren Lohn gewähren, als sie durch Plünderung irgend gewinnen könnten; auch ließ er wirklich nachher 3000 Dukaten an die Franzosen und 4000 an die Sachsen vertheilen. Die Bürgerschaft kam mit der Zahlung einer allerdings beträchtlichen „Brandsteuer“ davon; später mußte sie auch die Waffen abliefern. Nachdem die Stadt erobert war, wurden Posten ausgestellt; um 4 Uhr, spätestens 5 Uhr Morgens war alles zu Ende.

Wunderbar rasch war das Werk gelungen. Selbst die Verluste an Mannschaft waren außerordentlich gering: bei den Sachsen ein General, ein Kapitän, ein Fähnrich und 10, höchstens 19 Mann; bei den Franzosen nicht ein einziger Todter und bloß 2 Verwundete<sup>1)</sup>. Der Rath, einen Handstreich zu wagen, den

<sup>1)</sup> Heigel bezweifelt diese geringen Verlustangaben, bei der Uebereinstimmung aller Berichte wol mit Unrecht. (Mauvillon) Hist. de la dernière guerre de Bohême 4, 265; Weber, Moriz Graf von Sachsen; Nachricht aus Prag über die Erstürmung der Stadt u. s. w. vom 29. November 1741 (französisch), M. N. A. 1, 4; daraus einige neue Details in der oben gegebenen Darstellung.

der Führer der Sachsen, Graf Kutowski, gegeben, erschien den Verbündeten nachgerade wie eine göttliche Eingebung, alles, was sie erlebt, wie ein unaufhörlich erneuertes Wunder. „Nun gehen Wir daran“, ließ Karl Albrecht nach Hause berichten, „den Feind aus Böhmen zu verjagen und Uns krönen zu lassen und Kaiser zu werden trotz aller Neider.“

Einige Tage später, am 7. Dezember, kündigte ein feierliches Schauspiel den Böhmen an, daß das Land einen neuen Herrn bekommen habe. Unter Trompeten- und Paukenschall bewegte sich ein prächtiger Zug aus dem königlichen Schlosse auf dem Hradschin durch die Gassen der Kleinseite und über die steinerne Brücke in die Altstadt. Voran ging ein königlicher Hofoffizier, ihm folgten vier Trompeter und ein Heerpauker, ein Rittmeister der königlichen Hartschieregade, vier Reihen Hartschiere, endlich die Hauptperson des Zuges, der Herold mit dem königlich böhmischen Wappenschild, in der rechten Hand ein Scepter, in der linken einen Schild, auf welchem allenthalben der böhmische Löwe zu sehen war; der kgl. Hofrath Säckstadt, zwei Kanzellisten und wieder vier Reihen Hartschiere schlossen den Zug. Auf dem Altstädter Ringe machte man Halt, und der Herold verkündigte unter großem Zulaufe der Bevölkerung in deutscher und böhmischer Sprache, daß Karl Albrecht, Kurfürst von Baiern, den Thron von Böhmen in Besitz genommen habe. Dasselbe geschah noch vier Mal: vor dem Karolinum, vor dem Neustädter Rathhaus, in der Kleinseite und endlich auf dem Hradschin, von wo der Zug in's Schloß zurückkehrte. An den folgenden Tagen ergingen nach allen Seiten Rundschreiben, welche das Geschehene auch der übrigen Bevölkerung des Königreiches kund machten und die Stände nach Prag zur Huldigung einluden; diejenigen aber, welche noch in den Diensten der „Großherzogin von Toskana“ stünden, wurden aufgefordert, diesen Dienst binnen 4 Wochen zu verlassen, bei Strafe des Verlustes ihrer Habe und ihrer Güter<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Beschreibung der feierlichen Ausrufung, 8. Dezember; Rundschreiben Karl Albrecht's an die Unterthanen und Stände von Böhmen, 8. und 10. Dezember 1741 (gedruckt). M. N. V. 2, 17; M. St. V. 387/9.

Viel kam nun darauf an, welchen Erfolg diese Befehle haben würden. Bis dahin hatte sich die Bevölkerung im wesentlichen leidend verhalten; wie ein Sturmwind waren die Ereignisse über sie hingegangen. Nun aber sollte sie sich entscheiden, durch einen feierlichen, unwiderruflichen Akt sollte sie sich von ihrer früheren Herrin Maria Theresia lossagen und für den neuen König sich erklären. Davon, wie die Antwort ausfiel, hing zum großen Theil das Schicksal des Königreiches ab.

Eine Partei besaß der Kurfürst von Baiern in Böhmen, namentlich unter dem Adel, schon vor seinem Einzuge. Dazu, daß eine solche Partei sich überhaupt bilden konnte, hatten die Mißerfolge der letzten Regierung ohne Zweifel das meiste beigetragen. Alles Unheil, von dem das Reich betroffen worden war, die unglücklichen Kriege, die Verarmung der Provinzen, das Auftreten bössartiger Krankheiten, ja selbst der plötzliche und unerwartete Tod des Kaisers, alles das wurde den Ministern Karl's VI. zur Last gelegt. Man empfahl wol im Spotte, den Sultan dadurch zu bekriegen, daß man ihm die österreichischen Minister als Rätthe schicke; dann würde die türkische Macht gewiß in kurzer Zeit vernichtet werden. Dieselben Minister aber waren auch, wenigstens im Anfange, die Rätthe Maria Theresia's.

Ein anderer Grund lag in einem gewissen Provinzialpatriotismus, der in den historischen Erinnerungen an die frühere Selbständigkeit des Königreiches und in der nationalen Abneigung der Slawen gegen das deutsche Regiment in Wien seine Nahrung fand. Maria Theresia klagt einmal, daß selbst ihre Minister deutscher und tschechischer Nationalität sich nicht vertragen könnten und daß dieselbe Spaltung durch den ganzen Beamtenstand hindurchgehe<sup>1)</sup>. Allzugroße Wichtigkeit darf man der Sache für jene Zeit gewiß nicht beilegen; dennoch bemerkt man recht wol, daß die Baiern von diesen Verhältnissen Kenntniß hatten und daraus Vortheil zu ziehen suchten. Es war gewiß nicht umsonst, daß Karl Albrecht mit so sichtlichem Vorliebe als Nachkomme und Erbe der „böhmischen“ Prinzessin Anna hingestellt

<sup>1)</sup> Archiv f. österr. Geschichte 47, 290. 301.

wurde, eben weil diese von den Böhmen im Gegensatz zu ihrem Gemahl Ferdinand I. als eine Landestochter betrachtet wurde.

Bei weitem die meisten Anhänger aber erwarb sich Karl Albrecht erst durch das Glück seiner Waffen; die Unentschiedenen haben sich ja zu allen Zeiten dem Erfolge zugewendet. Gern hörte man nun auch die persönlichen Vorzüge des Baiernfürsten rühmen, insbesondere seinen Scharfsinn und seine Leutseligkeit; gern auch glaubte man den Versprechungen, nach welchem dem Königreiche unter dem neuen Herrscher „nichts als lauter Glückseligkeit, neuer Flor und neues Aufkommen“ beschieden sein werde<sup>1)</sup>.

Die Folgen dieser Stimmung traten bald zu Tage. Schon gleich nach seinem Einzuge in Prag empfing Karl Albrecht den in Prag anwesenden Adel auf das gnädigste. Eine noch größere Zahl von Adeltichen sah er am 8. Dezember, am Tage nach seiner Ausrufung zum Könige, um sich versammelt; Herren und Ritter drängten sich herbei, um ihm beim Empfange die Hand zu küssen. Als er dann nach dem Hochamte unter einem Baldachin öffentlich speiste, hatte er das stolze Vergnügen, sich von dem böhmischen Adel beim Mahle bedienen zu lassen; ein glänzendes Adelsfest bei dem von Anfang an bairisch gesimten Erzbischof, einem Grafen v. Manderscheid, beschloß die Feier.

Das war ein gutes Vorzeichen für die Huldigung, welche auf den 19. Dezember anberaumt war. In der That erschienen die vier Stände: die Geistlichkeit, die Herren, die Ritter und die Städte, „in großer Zahl“; mit Befriedigung berichtete dies der König den bairischen Ständen, welche ihm zur Eroberung von Prag gratulirt hatten<sup>2)</sup>. Nahezu die Hälfte des böhmischen

<sup>1)</sup> Skrupel auflegendes Beantwortungsschreiben, M. St. A. 413/150; Arneth, Bartenstein S. 172.

<sup>2)</sup> Karl Albrecht an die bairischen Stände, 19. Dezember, und an den König von England, 26. Dezember 1741. M. K. A. 3, 19; M. St. A. 387/9. Eine genaue Angabe über die Zahl der Huldigenden beim ersten Termin fehlt leider; doch dürfte die Zahl 400 in der Histoire de la dern. guerre d. B. 5, 7 ungefähr richtig sein, weil einerseits auch das Schlussergebniß nicht viel höher und andererseits der Zuwachs beim zweiten und dritten Termin nachweisbar gering war (beim zweiten Termin 24 Herren und 46 Ritter).

Abels — man schätzte die Zahl der Anwesenden auf mehr als 400 Personen — war erschienen, und die Träger der stolzesten Namen, die Kolowrat, Chotek, Mansfeld, Buquoy, Cernin, Kostiz, Sternberg, Königsegg, Waldstein u. s. w., beugten sich vor Karl zum Handkuß, während er selbst nach dem Herkommen nur flüchtig den Hut berührte.

Und doch war ein Vermutstropfen auch in diesem Freudenfelche. Im Namen der Stände hätte der Oberstburggraf die Ansprache halten sollen, dieser aber, damals ein Graf Schaffgottsch, war entflohen; zur Seite des Königs hätten der oberste böhmische Kanzler Graf Philipp Kinsky und der Vizekanzler Graf Korčensky ihren Platz gehabt, aber sie waren nicht anwesend, ihn einzunehmen; das gleiche war der Fall bei dem Oberstlandmarschall Grafen Schlick, dem Landesunterkämmerer Metolitzky v. Eisenberg und vielleicht noch bei andern höheren Landesoffizieren<sup>1)</sup>. Man mußte ihre Posten leer lassen oder sie nothdürftig für den Augenblick besetzen.

Und auch sonst war es fraglich, ob man mit dem Erfolge der Huldigung zufrieden sein konnte; die Zahl der Nichterschiedenen war denn doch noch beträchtlich größer als die der Erschiedenen<sup>2)</sup>. Man mußte den Säumigen einen weiteren Termin zur Huldigung setzen, den 8. Januar, und später noch einen dritten, den

<sup>1)</sup> Die Hist. de la dern. guerre 5, 7 und nach ihr Heigel, der österreichische Erbfolgestreit S. 223 ff. berichten die Sache freilich so, als ob alle diese Würdenträger anwesend gewesen wären; die Abwesenheit des Oberstburggrafen, des Oberstkanzlers u. s. w. ist aber durch zahlreiche Dokumente sicher gestellt. Zweifelhaft ist mir, wenigstens für den ersten Termin, die Abwesenheit des Oberstlandhofmeisters Grafen Stephan Kinsky, des Obersthoflehensrichters Grafen Gallas und des Oberstlandschreibers v. Wolf. (Abjegung des Oberstlandmarschalls Grafen Schlick, 7. Januar. Erwägungen und Vorschläge bezüglich der Organisation der Behörden in Böhmen [ohne Datum], Anfrage der Hofdeputation an Karl VII., 7. Januar u. a. M. St. A. 51/15. 51/22 b.)

<sup>2)</sup> Das Folgende nach dem Berichte des kgl. Fiskals Jech vom 16. April (mit vielen Beilagen); Karl VII. an die Hofdeputation, Mannheim, 25. Januar; Protokoll über die Huldigungsvollmachten, 8. und 17. Januar; Rudolf Graf Chotek an die Hofdeputation, 29. März und einmal ohne Datum. M. St. A. 106/32. 51/15. 106/31.

8. Februar; man mußte denen, die auch dann noch nicht erscheinen würden, mit der Sequestration ihrer Einkünfte, mit der Konfiskation ihrer Güter drohen, und, was das schlimmste war, man konnte voraussehen, daß trotz alledem der größte Theil der Säumigen doch nicht erscheinen würde. Viele derselben hatten Aemter und Offiziersstellen im Dienste Maria Theresia's, die sie verloren hätten, wenn sie dem Baiernfürsten huldigten; andere waren auch in Oesterreich oder in Ungarn begütert und hätten daher ihre dortigen Güter verloren, wenn sie, um ihre böhmischen Besitzungen zu sichern, dem neuen Könige sich unterwarfen<sup>1)</sup>. Es zeigte sich eben, daß es niemals leicht ist, einen mehr als zweihundertjährigen Verband zu lösen. So lange demnach das Kriegsglück schwankte, so lange es Karl nicht gelang, entweder die Macht Maria Theresia's ganz zu vernichten oder mit ihr einen dauernden Frieden zu schließen, so lange — das war vorauszusehen — mußte auch der König einen großen Theil seiner nunmehrigen Unterthanen als seine Feinde betrachten.

Und dabei ergab sich denn auch, so sehr es eine Zeit lang den gegentheiligen Anschein hatte, daß der böhmische Adel im großen und ganzen weder eine entschiedene Vorliebe für die bairische Herrschaft, noch auch ein besonderes Vertrauen auf das Kriegsglück des Königs hatte; was die Festigkeit der Adlichen erschütterte, war größtentheils nur die Sorge um ihre Güter. Den ersten Huldigungstermin ließen daher außerordentlich viele ganz vorübergehen; beim zweiten und dritten dagegen wendeten sie alle möglichen Kniffe an, um die Huldigung zu vermeiden und doch auch den angedrohten Strafen auszuweichen. Die meisten entschuldigten sich, wie man im voraus erwarten kann, mit Krankheit, was sie zum Theil auch durch ärztliche Zeugnisse belegten; von hervorragenden Persönlichkeiten that dies z. B. auch der Oberstburggraf Graf Schaffgotsch<sup>2)</sup>. Andere stellten

<sup>1)</sup> In dieser Lage befanden sich u. a. die mächtigen Fürsten Dietrichstein, Auersperg, Kollaredo und Graf Harrach.

<sup>2)</sup> „Ist sonderlich ad notam zu nehmen!“ heißt es hierbei im Protokolle. Daß die Entschuldigung mit Krankheit auch begründet sein konnte, ist selbstverständlich; sie war es z. B. bei mehreren Adlichen des Pilsner Kreises,

Vollmachten zur Huldigung aus, aber, vielleicht absichtlich, so, daß dieselben ungültig waren, indem sie z. B. Personen mit der Vollmacht betrauten, die nicht von demselben Stande waren. Wieder andere reisten zwar nach vielem Zögern wirklich nach Prag, um die Huldigung zu leisten, kamen aber in Folge von Unfällen, von denen sie unterwegs betroffen wurden, um einen oder um zwei Tage oder auch um eine ganze Woche zu spät in Prag ein, was sie natürlich selbst auf das tiefste bedauerten. Besonders viele schützten vor, daß sie durch feindliche Truppen an der Abreise gehindert seien; in dieser Lage befanden sich, wenigstens nach ihrer eigenen Angabe, die meisten jener Personen, welche, aus Böhmen stammend, am Hofe Maria Theresia's hervorragende Ämter bekleideten. Maria Theresia selbst verschaffte ihnen dann noch eine andere bequeme Entschuldigung, indem sie die Ertheilung von Pässen für Personen, die nach Böhmen zur Huldigung reisen wollten, verbot und den Postverkehr von Wien nach Prag einstellen ließ; man vermuthete in Prag, daß der oberste böhmische Kanzler Graf Philipp Kinsky Maria Theresia selbst diesen Befehl angerathen habe, um sich darauf berufen zu können<sup>1)</sup>. Viele Personen suchten sich geradezu nach beiden Seiten sicher zu stellen. Hieraus erklärt es sich wol, daß sich so überaus häufig Angehörige derselben Familien auf der Seite Maria Theresia's und auf der ihres Gegners finden. Der Oberstlandrichter Graf Würben war einer der wenigen höheren Beamten, die sich gleich anfangs dienstfertig an den neuen König herandrängten; dennoch hatte er einen Sohn, der, wie es scheint, mit seiner Zustimmung, im Dienste Maria Theresia's blieb. Ähnlich war der Fall bei dem Grafen Rudolf v. Chotek; einem der einflußreichsten Mitglieder der von dem Könige eingesetzten neuen Regierung, bei dem Oberstlandhofmeister und Oberstland-

welche nachträglich in Pilsen huldigten. Karl VII. an die Hofkanzlei, 4. Januar; diese an die k. Hofkommission, 9. Januar; Huldigungsprotokoll, 22. Februar. M. St. A. 51/14. 106/31.

<sup>1)</sup> Eine „Zineffe vom Grafen Kinsky“ nennt es Kaiserstein (Kaiserstein an Karl VII., 10. März; die Hofkanzlei in München an Pß. Graf Kolowrat, 11. Januar; Nachricht vom 14. Februar. M. St. A. 51/12. 51/15. 106. 32).

kämmerer Stephan Grafen Kinsky, dem Pilsner Kreishauptmann Gsellner v. Sachsegrün u. a.; Chotek hatte einen, Kinsky gar drei Brüder, zum Theil in hervorragenden Stellungen, auf Seite der Gegner, und der Sohn des Pilsner Kreishauptmanns diente sogar im österreichischen Heere<sup>1)</sup>. Nicht minder häufig war die umgekehrte Erscheinung: Graf Schaffgotsch sandte seinen Sohn, damit dieser für die böhmischen Güter huldige und so dieselben der Familie rette; Graf Martiniz ließ seine Gemahlin in Böhmen zurück, damit diese seine Vertheidigung führe<sup>2)</sup>. Manche junge Offiziere, die den Dienst Maria Theresia's nicht verlassen, sich auch keineswegs deshalb entschuldigen mochten, wurden trotzdem von ihren besorgten Müttern und Schwestern in Schutz genommen; ja, für einen von ihnen, auch einen Grafen Würben, wollte sogar sein Hausmeister die Vertheidigung führen. Und so war es auch da, wo verwandtschaftliche und sonstige Bande nicht bestanden; die Adlichen, die in Böhmen geblieben waren und dem Könige gehuldigt hatten, hörten trotzdem nicht auf, die heftigste Sympathie für jene Standesgenossen zu empfinden, welche im Lager Maria Theresia's standen. Schon die große Zahl von Huldigungsvollmachten, welche manche Mitglieder der späteren Landesregierung, z. B. eben der Graf Rudolf v. Chotek, auf sich nahmen, giebt Zeugniß von dem Bestreben, andern aus der Klemme zu helfen, und auch direkte Bitten und Eingaben zu diesem Zwecke wurden nicht gespart. Noch deutlicher aber wird dies, wenn man hört, daß die böhmische Landtafel sich beharrlich weigerte, das Verzeichniß der zur Huldigung Verpflichteten herauszugeben, welches

<sup>1)</sup> Auch von den Grafen Trautson bekannte sich einer zu Karl, zwei Brüder desselben zu Maria Theresia; auf Karl's Seite standen außerdem u. a.: 2 Althann, 2 Kollorebo, 1 Dietrichstein, 3 Koforzowa, 7 Kolowrat, 1 Singendorf, 3 Trautmannsdorf; auf der entgegengesetzten: 7 Althann, 4 Kollorebo, 3 Dietrichstein, 4 Koforzowa, 4 Kolowrat, 4 Singendorf, 5 Trautmannsdorf.

<sup>2)</sup> Besuch der Gräfin Martiniz vom 14. Februar. Martiniz war hiernach, weil er Karl VII. huldigen wollte, von Maria Theresia der Geheimrathswürde beraubt, vielleicht sogar eingekerkert worden. M. St. A. 51/12.

der königl. Fiskal Zech verlangt hatte, um seines Amtes zu walten<sup>1)</sup>.

Uebrigens wagte die Regierung selbst nicht, die Strafen, mit denen sie gedroht hatte, auszuführen. Wol hatte der Fiskal Zech bereits Schritte gethan, um wenigstens gegen einige der Eidweigernden, die Fürsten W. Christian v. Lobkowitz und Wenzel v. Liechtenstein, die Grafen Browne und Losh und endlich gegen den früheren Landesunterkämmerer Metolitzky v. Eisenberg, die Konfiskation der Güter einzuleiten. Aber zur Ausführung kam es doch nicht; der König befahl selbst durch den Grafen v. Kaiserstein, den er zu diesem Behufe nach Prag geschickt hatte, Einhalt zu thun<sup>2)</sup>. Kein Wunder! denn damals standen schon die Oesterreicher in seinem eigenen Lande, in Baiern, und konnten für jede solche Maßregel Rache nehmen.

In Folge aller dieser Verhältnisse war denn auch das Schlussergebniß der Huldigung, wie man es am 16. April 1742 übersehen konnte, immer noch ungünstig genug. Von den Herren hatten nur 206, von den Rittern nur etwa 280 allen Befehlen gehorcht, während 40 Herren und wahrscheinlich eben so viele Ritter trotz der durch Vollmacht geleisteten Huldigung im feindlichen Dienste geblieben waren und 299 Herren und 425 Ritter, also der bei weitem größte Theil des Adels, die Huldigung verweigert hatten; selbst die Städte und die Geislichkeit hatten nicht vollzählig gehuldigt<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Es geschah, daß sich Leute zur Huldigung meldeten, ohne daß Zech sagen konnte, ob sie dazu berechtigt, bzw. verpflichtet waren; dagegen erhielt er das Verzeichniß der Hoflehensgüter am 27. Februar. Zech an Preshing, 21. April. M. St. N. 106/31.

<sup>2)</sup> „Bei obwaltenden Konjunkturen sei es räthlicher und gedeihlicher, hierin etwas zurückzuhalten“, schreibt Preshing an Zech am 24. März; ein Befehl des Königs, die Konfiskationen zu beginnen (vom 5. März), trägt die Bemerkung: „supersedeatur“ und wurde vom König nicht unterzeichnet. Ueber des Grafen Losh Gutachten der Hofkanzlei vom 19. und ein Befehl der Hofdeputation vom 22. Februar. M. St. N. 51/15. 51/16. 51/20. 106/31. 106/32.

<sup>3)</sup> Nach Zech huldigten freilich 246 Herren und 314 Ritter; dabei sind aber alle jene mitgezählt, welche nach Zech's eigenen Berichten zwar Vollmachten eingesendet, die österreichischen Dienste aber nicht verlassen hatten,

Und außerdem, wie wenig sicher war man selbst derjenigen, die sich anscheinend willig unterwarfen! Gerade bei der Bürgerschaft der Städte trat dies zu Tage; als in Prag die Wahl Karl Albrecht's zum deutschen Kaiser gefeiert wurde und die Bürgerschaft den gewohnten festlichen Aufzug veranstalten wollte, wagte man es nicht, ihr zu diesem Behufe die Gewehre zurückzugeben, aus Furcht, sie könnten zu einem andern, schlimmeren Zwecke gebraucht werden<sup>1)</sup>. Daß auch auf dem Lande die Stimmung nicht überall die beste war, beweisen u. a. die freilich etwas grobkörnigen Reden des Wirthschaftshauptmannes von Plan, welche der dortige Amtsknecht, ein bairischer Spion, zur Anzeige brachte. „Die Baiern und Franzosen“, soll er gesagt haben, „sien Lumpenkerle, die man todtschlagen müße; der Kurfürst von Baiern ein schlechter Fürst, der in Böhmen nur eingefallen sei, weil er seine eigenen Unterthanen zu Bettlern gemacht und weil er in seinem eigenen Lande nicht mehr leben könne.“ Nicht weniger erbittert drückten sich die dortigen Bauern aus: „Die bairischen und französischen Lumpenkerle“, hieß es, „würden bald einsehen, daß sie die Kälte nicht so vertragen könnten wie die Böhmen; diese, wenn sie genug gefressen und geoffen hätten, wären im Stande,

---

z. B. selbst der Kanzler Ph. Kinsky, der Oberstburggraf u. a. Es betrifft dies 40 Herren; betreffs der Ritter lag mir kein Verzeichniß vor, doch dürfte die Zahl mindestens eben so groß gewesen sein. Verweigert wurde die Huldigung nach Zech von 255 Herren und 390 Rittern; hierzu sind aber noch 44 Herren und 35 Ritter, meist österreichische Offiziere, zuzuzählen, welche gleichfalls nicht huldigten, obwohl sie als „filii familias“ dazu verpflichtet waren. Bemerkenswerth ist, daß auch der Bischof von Leitmeritz, Herzog Moriz zu Sachsen, nicht huldigte; dagegen wären den Huldigenden vielleicht zuzurechnen 23 Abelsche, welche den Eid zwar gleichfalls nicht geleistet hatten, aber dem Könige oder dessen Allirten „sonst verpflichtet waren“.

<sup>1)</sup> Es war auch bezeichnend, daß der Kommandant von Prag bei jener Feierlichkeit zum Verdrusse der Böhmen den ersten Platz, zunächst dem Erzbischofe, in Anspruch nahm. Die Hofdeputation an Karl VII., 27. Januar; Kolowrat an Preßing, 28. Januar und einmal ohne Datum. Vgl. auch die Vorschläge zur Erlassung eines strengen Mandates an die Prager Bürgerschaft (ohne Datum); Prot. der Hofdeputation vom 5. Januar. M. N. N. 3, 23; M. St. U. 51/14. 51/15.

sich einschneiden zu lassen, die Franzosen, diese zerlumpte Kerle, aber nicht“ u. s. w. u. s. w.<sup>1)</sup>

Unter diesen Umständen hatte auch die Einrichtung der neuen Landesregierung ihre Schwierigkeiten. Die gesammte Verwaltung und beinahe die gesammte Rechtsprechung ruhte in den Händen des Adels; nun waren aber gerade diejenigen Personen, welche die höchsten Aemter bekleidet hatten, abwesend, der Kanzler, der Vicekanzler, der Oberstburggraf. Von den 17 Statthaltern, die unter dem Voritze des Oberstburggrafen das Land regiert hatten, fanden sich am 28. November 1741 nur noch neun in Prag vor, von denen drei, die Herren Philipp Graf Kolowrat, Franz Graf Buquoy und der Ritter Joh. Christoph Dohalitz v. Dohalitz, eine Art Ausschuß zur provisorischen Verwaltung des Landes bildeten<sup>2)</sup>. Nicht geringer war die Zerrüttung bei den niederen Aemtern; es kennzeichnet den Zustand, in den die Verwaltung gerathen war, daß selbst den Invaliden ihr kärgliches Einkommen nicht mehr gereicht wurde, weil die betreffende Commission sich aufgelöst hatte. Auch ob die Kreishauptleute ihren Dienst noch fernerhin thun würden, war fraglich; die meisten baten um ihre Entlassung<sup>3)</sup>.

Daß hier Abhülfe dringend noth that, sah jedermann; nicht so einig war man darüber, wie zu helfen sei.

Die Baiern nämlich, welche mit dem Könige in das Land gekommen waren, glaubten einen hervorragenden Platz auch in der böhmischen Regierung beanspruchen zu können. Nach der

<sup>1)</sup> Schreiben des Amtsknechtes Schmalzhofer vom 20. und 25. November 1741 und 19. April 1742; Untersuchung darüber am 1. Mai. M. St. N. 106/32.

<sup>2)</sup> Die übrigen sechs waren: Graf Würben, Sereny, Chotek, Sternberg, Karl Kolowrat und der Grandprior der Maltheser Königsegg; später erscheinen noch als anwesend die Grafen: Stephan Kinsky, Clary-Adringen, Gallas, Koforzowa u. a. Protokoll über die Einsetzung einer Administration und ein Zettel, beide vom 28. November; Anfrage der Hofdeputation über ihre Rechte, 7. Januar. M. St. N. 51/14. 51/15.

<sup>3)</sup> Kolowrat an Freyhing, 24. Januar; er bemerkt dazu: „Für dieses Jahr wird es schwer sein, gute Subjekte zu finden.“ Später blieben sie freilich größtentheils doch, wie aus zahlreichen Schriftstücken hervorgeht. M. N. 3, 23; M. St. N. 51/12 — 51/20.

Meinung ihres Sprechers, des bairischen Hofvicelanzlers Freiherrn v. Praidlohn, sollte ein Geheimes Rathskollegium an die Spitze des Landes treten, dieses aber zur Hälfte mit Baiern, zur Hälfte mit Böhmen besetzt werden, „damit“, wie Praidlohn sagte, „die böhmischen Rätthe die nöthigen Aufklärungen geben, die bairischen dagegen die Interessen des Königs wahren könnten“. Naiv genug gestand man damit zu, daß man letzteres den böhmischen Rätthen nicht zutraute. Die Baiern sahen es geradezu als ein Glück an, daß so viele Posten durch die Flucht ihrer Inhaber erledigt waren; dadurch habe der König nun freie Hand, die betreffenden Aemter je nach Umständen entweder ganz abzuschaffen oder sie an Diener von bewährter Treue zu verleihen. Dringend baten sie den König, er möge ja nicht voreilig die alten Einrichtungen bestätigen, sich nicht ohne Noth des Vortheils begeben, den ihm das Recht der Eroberung in die Hand gespielt habe.

Es wird den Böhmen, deren Wortführer der Ritter Dohalsky v. Dohalitz war, nicht leicht geworden sein, dem gegenüber auch ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen. Daß sie den bairischen gerade entgegengesetzt waren, braucht kaum gesagt zu werden. Nach der Ansicht der Böhmen sollten die alten Einrichtungen, wo nur immer möglich, beibehalten werden; man warnte vor jeder Aenderung, die nicht unumgänglich nothwendig sei, weil sonst nur Mißtrauen und Unzufriedenheit im Lande die Folge sein würde. Die Böhmen fanden daher nicht einmal rathsam, daß die flüchtigen Landesoffiziere abgesetzt, ihre Posten andern verliehen würden; besser sei es, abzuwarten, bis auch diese „zu Ihrer Majestät allerunterthänigstem Dienst“ sich einfänden würden, was nach Dohalsky's Meinung früher oder später doch geschehen mußte. Was man aber am entschiedensten zurückwies, war die Theilnahme der Baiern an der Regierung des Landes; mit Nachdruck erklärte Dohalsky, daß, wer auch immer in die neue Regierung berufen werden sollte, doch jedenfalls nur solche Personen ernannt werden dürften, welche „des Landes wol kundig und im Lande begütert wären“<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Gutachten Praidlohn's vom 28. November, das Dohalsky's (ohne Datum); im Sinne Praidlohn's sind auch: die Erwägungen und Vorschläge

Die Frage, welche damit dem Könige zur Entscheidung vorgelegt wurde, war im Grunde die, ob er seinen neuen Unterthanen, den Böhmen, Vertrauen schenken wolle oder nicht. Er entschloß sich zu ersterem, und wie die Dinge lagen, konnte er auch wol nicht anders. Hätte der König Böhmen als ein erobertes Land behandeln wollen, so hätte es allerdings genügt, wenn er sich bloß auf die Treue der Baiern stützte; da er aber als der angestammte, rechtmäßige Landesherr erscheinen wollte, so mußte er die Liebe der Böhmen zu gewinnen suchen, und das konnte nur geschehen, wenn er in ihrem Sinne die Regierung ordnete.

Der höchste Posten im Königreich, der des „Hofkanzlers“, wurde demgemäß einem Böhmen übertragen, dem Grafen Wenzel v. Kaiserstein; zwei böhmische Hofräthe und nur ein bairischer standen ihm zur Seite<sup>1)</sup>. Für die Abwesenheit des Königs — derselbe begab sich bald darauf nach Frankfurt am Main, um Kaiser zu werden, und die Hofkanzlei hatte ihn dahin zu begleiten — wurde außerdem eine siebengliederige „Hofdeputation“ eingesetzt; auch sie bestand ausschließlich aus Böhmen und zum größten Theil aus früheren Statthaltern. Graf Philipp v. Kolowrat, nach der Schilderung Dohalsky's ein etwas phlegmatischer, aber bei dem Adel sehr beliebter und überaus scharfsinniger Herr, stand an der Spitze. Die übrigen sechs Mitglieder vertheilten sich zu gleichen Theilen auf den Herren- und den Ritterstand; von den Herren ist noch Graf Rudolf v. Chotek, von den Rittern Dohalsky v. Dohalitz besonders hervorzuheben<sup>2)</sup>.

---

bezüglich der Organisation der Behörden, das Gutachten über die Besetzung des geheimen Rathes (beide ohne Datum) und ein Vortrag vom 16. Dezember. M. St. A. 51/14. 51/22. 387/9.

<sup>1)</sup> Kaiserstein bekam 36000 fl. jährlich Gehalt, die Räthe je 5000; die letzteren waren: Gr. de Lassaga-Paradis, Joh. Franz v. Turba und Adam v. Jekstadt. Erlaß Karl's VII. vom 8. Januar 1742; die geheime Kanzlei an den Kommandanten Gr. v. Baiern, 28. Dezember 1741. M. St. A. 51/15. 51/14.

<sup>2)</sup> Die übrigen vier waren: Gr. Franz Bouquoy und Gr. Herrmann Černin, dann May. Bechinie v. Lazan und Wenzel Audrich v. Audry. Auch andere Ernennungen fanden statt, z. B. des Gr. Kořitz zum Oberfeldmarschall statt des abgesetzten Gr. Schlick.

Die erste Sitzung hielt die Hofdeputation bald nachdem der König Böhmen verlassen hatte, am 2. Januar 1742. Ihre Mitglieder benutzten die neu gewonnene Macht, wie es zu geschehen pflegt, vor allem dazu, ihren eigenen Vortheil zu wahren; sie verlangten demgemäß von dem Kommandanten Prags, dem Grafen v. Baiern, nicht nur die Erweigung der militärischen Ehren, als: Präsentiren des Gewehrs, Uebergabe der Thorzettel, Mittheilung der Parole u. s. w., sondern auch, daß ihre Häuser von jeder Einquartierung, sie selbst aber von jeder Lieferung an Proviant und Fourage verschont bleiben sollten, ein Wunsch, dem freilich in der Folge keineswegs entsprochen wurde<sup>1)</sup>.

Nachdem so dem dringendsten Bedürfnisse genügt war, konnte die Hofdeputation ihre Aufmerksamkeit auf das ihr anvertraute Land richten, das sie von Heeren der verschiedensten Nationen überschwemmt fand. Für die Verwaltung zerfiel es dadurch von Anfang an in drei Haupttheile.

Der erste war derjenige, welchen die österreichischen Truppen inne hatten, der Böhmer und Brachiner Kreis. Die Desterreicher waren, hauptsächlich durch die Schuld Neuperg's, zu spät gekommen, um Prag vor der Ueberrumpelung zu retten, hatten sich dann aber hierher, nach dem Süden des Königreiches, zurückgezogen, wo sie, wie ein Keil zwischen die bairisch-französischen Truppen in Böhmen und diejenigen in Oberösterreich sich einschubend, eine militärisch vortheilhafte Stellung inne hatten. Auch Eger hielt noch zu Maria Theresia<sup>2)</sup>. In allen diesen Gebieten war natürlich die Hofdeputation vollständig machtlos; es wurde daher auch, während gegen alle andern wenigstens mit strengen Drohungen vorgegangen wurde, den Ständen des Böhmer und Brachiner Kreises der Termin zur Huldigung „auf unbestimmte

<sup>1)</sup> Anfrage der Hofd. über ihre Rechte v. 7. Jan.; Prot. d. Hofd. v. 2. Jan. M. St. N. 51/15.

<sup>2)</sup> Eger wurde bekanntlich erst vom 7. April an ernsthaft belagert und am 19. April endlich eingenommen; die Besatzung betrug 1500 Mann, wozu noch 1608 wehrfähige Bürger kamen. (Nach Mittel, Eger in den Kriegsjahren 1741—43 S. 44 ff.; Krones, Handb. d. Gesch. Oesterreichs, spricht auffallender Weise von bloß 809 „halbinvaliden“ Oesterreichern 4, 214.)

Zeit“ hinausgeschoben; es war der Regierung selbst unerwartet, daß dieselben zum dritten Termin dann doch huldigten. Aber auch in den angrenzenden Kreisen mußte die Nähe einer österreichischen Kriegsmacht, zumal bei der Ungewißheit und dem beständigen Wechsel des Kriegsglückes, große Wirkung thun; die Anhänger der neuen Regierung sahen sich dadurch eingeschüchtert, ihre Gegner ermutigt<sup>1)</sup>.

Der zweite Theil des Landes umfaßte die Gegenden, wo die Preußen standen, die östlichen und nordöstlichen Kreise. Der König von Preußen war allerdings ein Bundesgenosse des Königs von Böhmen, aber er war ein sehr unabhängiger und eigenwilliger Bundesgenosse, der den Vortheil seiner Allirten nur dann förderte, wenn er darin seinen eigenen sah. Karl Albrecht andererseits wußte sehr wol, daß er ohne diesen Bundesgenossen sich nicht behaupten könne und daß er ihn daher bei guter Laune erhalten müsse. Für den von den Preußen besetzten Theil des Landes entstanden dadurch ganz eigenthümliche Zustände. Die Steuern wurden überall nur für den König von Preußen, einzig und allein zur Verpflegung der preussischen Truppen erhoben; der König von Böhmen verzichtete ausdrücklich darauf, für sich in jenen Gegenden neue Steuern erheben zu lassen<sup>2)</sup>, eine Begünstigung, die um so bemerkenswerther ist, weil sie den Sachsen, die doch auch als Bundesgenossen des Königs im Lande standen,

<sup>1)</sup> Der schon oben genannte Wirtschaftshauptmann von Plan äußerte unverhohlen seine Freude über die Nähe der „pijessischen Truppen“; die Siege der Oesterreicher wurden an vielen Orten heimlich gefeiert (Schmalzhofers Denunciation v. 19. April).

<sup>2)</sup> Ausgenommen waren nur die Steuern „pro fundo domestico“, aus welchem die Beamten ihre Gehalte empfangen; als daher die Preußen auch die Trank-, Salz- und Zollgefälle in Beschlag nahmen, so versuchte man von böhmischer Seite einen allerdings schwächlichen Protest. Die Aufstellung der Preußen wechselte übrigens, wie bekannt; am 15. Dez. 1741 umfaßte sie den Königgräzer, Bunzlauer, Leitmeritzer, zum Theil auch den Chrudimer und Raurzimer Kreis, also etwa ein Drittel des Königreiches. Prot. d. Hofd. v. 23. Febr., Preysing und Praidlohn an Karl VII. und Bericht d. geh. Kanzlei v. 10. Jan. M. St. A. 51/14. 51/16; M. N. A. 3, 23.

keineswegs gewährt wurde<sup>1)</sup>. Aber der König von Preußen ging noch weiter; er ließ auch Rekrutierungen vornehmen, ganz wie ein Landesheer; namentlich die großen, starken Leute wurden in Menge weggeführt<sup>2)</sup>, so daß eine förmliche Flucht unter den Wirthschaftsbeamten entstand und Gegenmaßregeln nothwendig wurden, um derselben zu steuern. Daß die preussischen Generale bei den Lieferungen für die Truppen sich wenig um den Wohlstand der Einwohner und ausschließlich nur um die Bedürfnisse ihrer Soldaten kümmerten, kann nicht weiter auffallen. Die Forderungen waren groß und wurden streng, ja mit Härte eingetrieben. Gingen in einer Gegend die Lieferungen und Abgaben nicht vollständig ein, so wurde einfach irgend eine wohlhabende Stadt, irgend ein reicheres Kloster durch Exekution zur Bezahlung der ganzen Summe gezwungen; die gezahlten Beträge sollten sie sich dann von den eigentlich Schuldtragenden zurückerstatten lassen, wie sie eben mochten und konnten<sup>3)</sup>. Auch die königlichen Beamten wurden nicht geschont. Als am 22. März 1742 auf unmittelbaren Befehl Friedrich's II. preussische Truppen den Königgräzer Kreishauptmann Freiherrn v. Gastheim gefangen

<sup>1)</sup> Vom Leitmeritzer Kreise war ausdrücklich nur der von den Preußen besetzte Theil von der Zahlung des Beitrags zu den 2 Millionen (s. u.) entbunden, nicht aber die andere, von den Sachsen besetzte Hälfte.

<sup>2)</sup> „Um das Gestütwerk auf große Leute recht einzurichten“, schreibt Praidlohn an Unertel am 2. Jan.; die Zahl der Weggeführten wird am 18. Jan. auf 115, am 3. April auf 413 angegeben. Patent des Fürsten von Anhalt, 23. Dez.; Bericht der Kaurzimer Kreishauptleute v. 3. und der Hofd. v. 4. Jan.; Würben an Karl VII., 23. Jan. M. St. N. 346.67. 51/15. 51/17. 51/20.

<sup>3)</sup> Hatte früher ein „Angeseffener“ 3 fl. gezahlt, so zahlte er jetzt 36 fl.; von fünf Kreisen war nach einer Tabelle in d. alten Registr. d. b. St. monatlich zu entrichten: 250 000 fl. in Geld, 38 000 Maß Hafer, 77 000 Strich Siede, 24 000 Ztr. Heu, 14 000 Ztr. Stroh. In Kolin wurde die Elbebrücke abgebrochen; die Stadt sollte 10 000 fl. an Steuerrückständen für andere erlegen, der Prälat von Braunau 9000, die Jesuiten in Schurz 12 000 fl. Bericht der Leitmeritzer Kreishauptleute, 11. Dez.; die Stände an Karl VII., 30. Dez. (M. N.); Berichte d. geh. Kanzlei v. 10. Jan., d. Hofd. v. 1. Jan., 26. Febr., 9., 12., 13., 20. April und 4. Mai; Prot. d. Hofd. v. 22. u. 26. Febr. und 16. April. M. St. N. 51/14 — 51/20.

nahmen, ohne daß die Hofdeputation vorher davon in Kenntniß gesetzt, ja ohne daß diese auch nur über den Grund der Verhaftung unterrichtet wurde, war wol die tiefste Stufe der Herabwürdigung des königlichen Ansehens in diesen Gegenden erreicht<sup>1)</sup>.

Man ermißt leicht, was es hiernach noch zu bedeuten hatte, wenn dem Namen nach die Hofdeputation auch in den östlichen Kreisen des Königreiches die Regierung leitete. Wol nahm sie auch aus ihnen Beschwerden über allzugroße Lieferungen u. s. w. entgegen und berichtete darüber an den König, damit dieser Abhülfe verschaffe, ja es gelang sogar, darauf hin von Friedrich II. die Erklärung zu erhalten, daß er „alle Unordnungen bei seinen Truppen in Böhmen abgestellt habe“; die wirkliche Sachlage aber war so, daß die Hofdeputation endlich alle, die sich bei ihr beklagen wollten, entweder bloß auf bessere Zeiten vertröstete oder auch sie an den preußischen Intendanten verwies, weil die Verwendung der Hofdeputation „wenig oder gar nichts fruchten würde“. Das einzige Mittel, eine mildere Behandlung zu erlangen, waren Geschenke „für Aufrechterhaltung der Mannszucht“, welche in der Höhe oft von vielen tausend Thalern den hervorragenden preußischen Würdenträgern überreicht wurden<sup>2)</sup>.

Sa, die Rollen kehrten sich endlich geradezu um. General Schmettau erhob im Namen seines Königs die heftigsten Beschwerden, daß man zu Prag über seinen Herrn, beziehungsweise über das Vorgehen seiner Truppen überhaupt zu klagen wage. Ob wirklich, wie Schmettau sagt, die Sprache, die in Prag über Friedrich II. und die Seinigen geführt wurde, eine „skandalöse“ war und inwieweit das drohende Auftreten Schmettau's dadurch sich rechtfertigte, können wir nicht beurtheilen; immerhin beleuchtet

<sup>1)</sup> Gasstheim wurde mit seinem Sekretär und dem Königgräzer Postmeister nach Olas gebracht (die Hofd. an Karl VII., 29. März und 5. April); über sonstige Gewaltthaten preußischer Offiziere berichtet d. Hofd. am 20. März. M. St. N. 51/16. 51/17.

<sup>2)</sup> So erhielten der Prinz von Dessau 12000 Rthlr., die zwei Generaladjutanten je 100 Louisd'or, der Intendant Oberst v. Goltz 1000 Dukaten (Bericht d. Leitm. Kreisshptl. v. 11. Dez. N. N.). Friedrich II. an Karl VII., 4. Jan.; Karl an d. Hofd., 11. Jan. M. St. N. 51/15.

auch dieser Vorgang die klägliche Rolle, welche die Hofdeputation den Preußen gegenüber spielte<sup>1)</sup>.

So blieb denn also der Hofdeputation zur eigenen Regierung höchstens nur der Rest des Landes, der von den Sachsen, dann von den Franzosen und Baiern besetzt war; aber auch hier war ihr Einfluß bei weitem nicht unbeschränkt. Es zeigte sich als ein großer Uebelstand, daß unter den im Lande kampfirenden Truppen diejenigen des eigentlichen Landesherrn, die bairischen, einen sehr geringen Bruchtheil ausmachten. Ueber die Franzosen kommandirte zwar dem Namen nach ebenfalls der König, in Wirklichkeit waren es aber doch Truppen einer fremden Macht und zwar einer Großmacht, welche dem Könige bloß geliebt worden waren. Der Ton, in dem die französischen Generale und insbesondere der französische Generalintendant de Sechelle mit der Hofdeputation verkehrten, ließ denn auch deutlich merken, daß sie sich keineswegs als Untergebene derselben, sondern weit eher als ihre Gebieter betrachteten<sup>2)</sup>. Mehr noch aber zeigte sich der wahre Stand der Dinge darin, daß der Unterhalt der fremden Truppen von allem Anfang an die wichtigste und beinahe auch einzige Sorge der neuen Regierung ausmachte.

Aus den laufenden Einnahmen konnte derselbe nicht bestritten werden, obgleich diese keineswegs unbedeutend waren und sich in guten Jahren, besondere Bewilligungen der Stände ungerchnet, auf nahe an 5 Millionen beliefen. Aber die neue Regierung begann mit leeren Kassen. Im Obersteueramte war bei der

<sup>1)</sup> Die ganze Klage rührte nach Schmettau nur „von 2 oder 3 Weibern“ in Prag her, und darunter seien die Fürstin Fürstenberg und ihre Schwester die vornehmsten; einen scharfen, stellenweise hofmeisternden Ton haben übrigens auch andere Briefe Schmettau's, in denen er die bairische Kriegführung bespricht. Schmettau an Praidlohn, 4. März. M. St. A. 387/9.

<sup>2)</sup> Sechelle gebrauchte in seinen Briefen das „Wir“ (Nous), „als ob er“, bemerkt Würben, „selbst König von Böhmen wäre“; auch Kolowrat klagte, „daß die Hofdeputation nicht viel zu sagen, sondern nur die Befehle des Militärs auszuführen habe“. Bemerkenswerth ist auch, daß in der Anfrage der Hofdeputation über ihre Rechte gegenüber dem Militär fast alle Fragen abschlägig beschieden wurden. Würben an Preysing, 27. Jan.; Kolowrat an Preysing (ohne Datum). M. St. A. 3, 23; M. St. A. 51/15.

Eroberung Prag's nur die verhältnißmäßig geringfügige Summe von 68 000 fl. vorgefunden worden, und der König hatte überdies in einer Anwandlung von Großmuth alle Steuerrückstände für das Jahr 1741 erlassen. Ohne Zweifel hatte er dabei gehofft, daß die neuen Steuern desto pünktlicher eingehen würden; aber auch hierin täuschte er sich. Zwar daß die Zolleinnahmen in Folge der Handelsstockung, die Einnahme von Tabak durch Umsichgreifen des Schmuggels sich verminderten, ließ sich allenfalls noch verschmerzen; schlimm aber war, daß auch der Ertrag der Tranksteuer und des Salzmonopols, welche sonst den größten Theil der Einnahmen ausgemacht hatten, in erschreckender Weise sank. Die Zahlung der Tranksteuer wurde in vielen Gegenden geradezu verweigert; man entschuldigte sich damit, daß man von den Einquartierungen zu leiden habe, den Truppen Bier und Wein unentgeltlich ausschenken müsse u. dergl. mehr. Da auch die schon eingezahlten Steuern häufig von den Truppen wieder weggenommen wurden, so warf die Steuer bald nur die Hälfte des Ertrages ab, den sie früher geliefert hatte<sup>1)</sup>. Noch größer war der Abgang beim Verkaufe des Salzes, obgleich aus einem andern Grunde. Da Böhmen kein Salz besitzt, war nämlich der Salzbedarf des Landes in der Höhe von 240 000 Fäßchen bis dahin aus Oberösterreich eingeführt worden; nun gerieth aber eben damals (im Januar) Oberösterreich wieder in die Hände der Oesterreicher, und der Verkehr dahin war also abgesperrt. Der König wollte nun freilich statt des oberösterreichischen bairisches Salz nach Böhmen bringen lassen; bald aber war Baiern eben so wenig in seiner Gewalt wie Oberösterreich. Während sich das Volk dahin gebracht sah, eines seiner gewöhnlichsten Genußmittel entbehren zu müssen, sah sich der Staat zugleich seiner besten

<sup>1)</sup> Nicht bloß die Preußen, auch die Franzosen thaten dies; auch beim Tabaksmuggel waren sie betheilig. Schilderung des Wesens der Ansfässigkeit, der Kontribution u. s. w. (ohne Datum); Karl VII. an d. Hofd., 18. Jan., und an Würben, 20. März; Vortrag über den Juden Tritsch u. s. w., 16. Dez.; d. Hofkammer an d. Hofd., 25. Jan.; d. Hofd. an Karl VII., 19. Jan.; Antw. Karl's VII., 28. Jan. Uebersicht über den Ertrag der Tranksteuer (zum 4. Juni). M. St. A. 51/14—51/17. 387/9; A. R.

Einnahmsquelle beraubt. Es blieb zuletzt nichts anderes übrig, als für theures Geld in Sachsen Salz zu kaufen, um es dann in Böhmen mit einem geringen Profit wieder zu verkaufen<sup>1)</sup>.

Man begreift, wie schwer es unter diesen Umständen werden mußte, für die Bedürfnisse von mehreren großen Armeen Fürsorge zu treffen; gleichwol mußte es geschehen. Noch hatte die Huldbildung nicht stattgefunden, als schon der König von den Ständen einen außerordentlichen Beitrag zu diesem Zwecke verlangte, 6 Millionen, zahlbar in drei Raten: im Januar, im März und im Mai. Da Böhmen damals nur etwa 53 500 „Anfässigkeiten“ besaß, d. h. 53 500 größere Bauernhöfe und Bürgerhäuser (wobei kleinere Häuser und Bauerngütchen als halbe oder viertel Anfässigkeiten gerechnet wurden), so entfielen hiernach auf eine Anfässigkeit 104 fl. 42 kr., ein für Böhmen unerhörter Betrag. Man berechnete, daß nach einem solchen Ansatze die königliche Herrschaft Pardubitz 149 000 fl. hätte zahlen müssen, während doch ihr Erträgniß auch in den besten Jahren nur 60 000 fl. betrug; das Einkommen zweier Jahre und mehr als das sollte also durch die Steuern eines einzigen Jahres aufgezehrt werden. Wie hoch die Forderung eigentlich war, zeigt auch ein Vergleich mit denen der früheren Regierung. Als Maria Theresia im Januar 1741 den böhmischen Landtag einlud, ihr gegen Friedrich II., der eben damals in Schlesien eingefallen war, beizustehen, hatte sie dennoch nur 2 Millionen als „Ordinarium“ von dem gemeinen Manne und 750 000 fl. als „Extraordinarium“ von den höheren Ständen verlangt, und selbst da hatte die Regierung noch Schwierigkeiten befürchtet. Und nun

<sup>1)</sup> Am 10. Januar hatte man nur noch 18 772 Fäßchen, also kaum ein Zehntel des Bedarfs. Die Geldnoth des Königs muß übrigens schon früh bekannt gewesen sein; sonst hätte es der Jude Tritsch kaum gewagt, aus seinem Gefängnisse heraus dem Könige den Nemterschacher als Einnahmsquelle vorzuschlagen; einige Stellen, meinte der Jude, könne der König ja trotzdem „gratis, nach bloßem Verdienst“ verleihen. Auch andere abenteuerliche Vorschläge zur Geldbeschaffung wurden gemacht. Bericht über den Salzangel v. 10. Jan.; Uberschlag des nothwendigen Salzes (ohne Datum); Karl VII. an d. Hofkammer, 19. Jan. und 13. März. M. St. N. 51/14—51/17.

forderte der neue König das Doppelte, ja fast das Dreifache, forderte es von einem durch Krieg erschöpften, zum Theil noch in Feindeshand befindlichen Lande!<sup>1)</sup>

Aber Karl Albrecht sprach als Eroberer. Er verhiess zwar den Ständen Vergessenheit alles dessen, was in Prag früher vorgefallen war, wenn sie in der Frage der 6 Millionen sich willfährig erweisen würden; aber klang nicht eben diese Verheissung beinahe wie eine Drohung? Es gehörte ein gewisser Muth dazu, der königlichen Forderung Widerstand zu leisten, zumal da der Adel noch immer nur in geringer Zahl in Prag versammelt war; dennoch wagte man es, wenn auch in bescheidener Form<sup>2)</sup>.

Vor allem wollten es die Stände nicht gelten lassen, daß sie wegen des Widerstandes, den Prag den königlichen Truppen geleistet, irgend einer Verzeihung bedürften; die Stände hätten keinen Einfluß auf die kriegerischen Operationen gehabt und seien also schuldlos. Aber auch in Beziehung auf die 6 Millionen kam ihre Erwiderung unter dem Scheine der Zustimmung beinahe einer Ablehnung gleich. Die Summe wurde nämlich nur unter der Bedingung bewilligt, daß der König sie selbst durch eine Anleihe im Auslande aufbringe. Die Rückzahlung wollten dann allerdings die Stände selbst übernehmen, aber erst vom Jahre 1744 an und in 15 Jahresraten zu bloß 400 000 fl. Ja noch mehr, sie verlangten sogar, daß selbst diese geringen Beträge ihnen durch Herabminderung der sonstigen Steuern

<sup>1)</sup> Ein „ganz angeessener“ Bauer hatte 60 Strich Feld; die herkömmliche Steuerleistung für einen solchen wird in der Schilberung des Wesens der Ansfähigkeit u. s. w. zu 60 fl. angegeben, ausnahmsweise seien aber auch schon 90 fl. gezahlt worden. Die Zahl der Ansfähigkeiten berechnet dieses Schriftstück höher als oben angegeben wurde, auf 62 000. Daß die Steuer nicht höher sei als sonst, wird freilich auch einmal behauptet, nämlich am 21. Mai von der Hofd. im Streite mit dem Magistrate der Prager Altstadt, aber nur mit Rücksicht auf die ersten 2 Millionen (U. R.). Landtagsinstruktion M. Theresia's, 9. Jan. 1741. M. St. A. 51/2 F. 93.

<sup>2)</sup> Karl an d. Stände, ohne Datum und am 27. Dez.; Sechelle an d. St., 22. Dez.; Antworten d. St., 15. Dez. und 4. Jan.; Gutachten des Gr. Paradiß (ohne Datum). U. R.; M. St. A. 51/15. 51/22.

wieder ersetzt würden; mit andern Worten: die Stände wollten die Schuld mit Geldern bezahlen, die sie sonst dem Könige hätten abliefern müssen; im Grunde bezahlte also der König die Schuld schließlich selbst. Auch das wußten die Stände, daß die Aufnahme eines Anlehens, wenn es überhaupt zu Stande kam, nicht ohne zeitraubende Unterhandlungen möglich war; auf alle Fälle hatte man sich mit einer solchen Antwort die Forderung des Königs für lange Zeit vom Halse geschafft, vorausgesetzt daß der König sie genehmigte.

Das geschah jedoch, wie begreiflich, nicht. Die Bewilligung der 6 Millionen wurde vom Könige einfach als bereits geschehen angenommen, die Bedingungen dagegen, an welche sie geknüpft worden war, wurden rundweg abgelehnt. Für jetzt erklärte Sechelle im Namen des Königs (22. Dez.), könne es sich nur darum handeln, die 6 Millionen „auf die eine oder andere Weise“ herbeizuschaffen. Den Ständen wurde zwar freigestellt, einen Theil des Geldes oder auch die ganze Summe im Auslande zu leihen, und der König war sogar bereit, zu diesem Zwecke die gesammte Habe aller seiner geistlichen und weltlichen, adelichen und bürgerlichen Unterthanen, also gewissermaßen das ganze Königreich, „in solidum“ zu verpfänden; aber den Ständen Steuern zur Schuldentilgung abzutreten, war er nicht gewillt, und unbedingt forderte er, daß die ersten 2 Millionen jedenfalls schon im Januar 1742 gezahlt würden. Sechelle erklärte, er erwarte, die Ausschreibung dieses Betrages auf die einzelnen Kreise jedenfalls binnen 2 Tagen d. i. bis zum 24. Dezember in Händen zu haben; im entgegengesetzten Falle drohte er mit bewaffneter Exekution.

Jetzt erst sahen die Stände, daß sie die 6 Millionen wirklich zahlen mußten und daß man sie von ihnen vielleicht selbst mit Gewalt eintreiben würde. Die Aufregung, die in Folge dessen namentlich unter dem Adel entstand, war unbeschreiblich. Bei einer Zusammenkunft adelicher Herren und Damen im Hause des Erzbischofs, bei welcher auch der bairische Hofvicerekanzler Freiherr v. Praidlohn und der Graf Maximilian v. Preshing erschienen waren, wurden diese von allen Seiten

von den Damen umringt und mit Fragen und Klagen bestürmt: „Man habe gehört, daß die Häuser visitirt, den Frauen ihr Schmuck genommen werden solle, wenn die Herren die 6 Millionen nicht zahlen könnten. Der Adel sei ja ohnehin in der traurigsten Lage, verarme durch die Lieferungen für die verschiedenen Armeen täglich mehr und mehr; mancher Edelmann, der zugleich die Preußen gehabt, müsse jetzt in einem Monate mehr geben, als sonst die Einkünfte seines Gutes in einem ganzen Jahre betragen hätten. Aus Mangel an Pferden würden die Edelbarnen bald zu Fuß gehen müssen; ob der König erwarte, daß die adelichen Damen wie Bauerndirnen einhergehen, in solchem Aufzuge der Königin die Cour machen sollten?“ Verlegen über diesen Ansturm entgegnete Braiddlohn einige beschwichtigende Worte, indem er sich zugleich möglichst rasch aus der Gesellschaft entfernte; dem Könige aber bezeugte er, daß die Bestürzung bei Hoch und Niedrig sehr groß sei (2. Jan.)<sup>1)</sup>.

Dennoch mußten sich die Stände nunmehr gefügiger zeigen. Zwar die Hoffnung, durch eine Anleihe allen Zahlungen zu entgehen, gaben sie auch jetzt nicht auf; sie schickten zu diesem Behufe den Baron Bournet nach Holland, von dem sie Mitte Januar die ersten Nachrichten erwarteten, ob sein Unternehmen geglückt sei. Auch die Bitte, daß für die Rückzahlung des Anlehens gewisse Steuern angewiesen werden sollten, wurde erneuert; die Absicht des Königs, statt dessen die Habe aller seiner Unterthanen zu verpfänden, wurde schon darum für unausführbar erklärt, weil auf eine so seltsame Hypothek im Auslande niemand etwas borgen würde.

Über auch die Ausschreibung von Steuern war nun nicht mehr zu vermeiden, nur daß die Stände nicht die ganze Summe, sondern bloß ein Drittel, 2 Millionen, auszuschreiben sich bereit erklärten und auch diese nicht schon für Januar, wie der König

<sup>1)</sup> Braiddlohn an den Kanzler Frhrn. v. Unertel. Etwas Uebertreibung lag freilich doch in diesen Klagen; der Fasching wurde vom Adel, wie sonst, zu Bällen benutzt; er wollte sich damit, wie es in einer Eingabe hieß, „wegen des ausgestandenen Ungemachs in etwas konsoliren“. (Karl VII. an d. Hofd., 7. Jan.) M. St. N. 346/67. 51/15.

gefordert hatte, sondern erst für Ende Februar, immer in der Hoffnung, daß ein günstiger Erfolg der Anleihe sie auch dieser Zahlung noch überheben möchte<sup>1)</sup>. Weitere 2 Millionen wurden dem Könige in Aussicht gestellt für den Fall, daß Bournet in Holland einen glücklichen Erfolg habe; bezüglich der letzten 2 Millionen erklärten die Stände, „aufs äußerste nachsinnen zu wollen“, wie dem Wunsche zu entsprechen wäre, ließen aber deutlich merken, daß sie doch kein Mittel auffinden würden. Mit andern Worten: die Stände wollten nur 2 Millionen thatsächlich herbeischaffen, 2 andere stellten sie in eine immerhin sehr entfernte Aussicht, die letzten 2 schlugen sie ganz ab.

Noch mehr abgeschwächt wurde diese Bewilligung durch die Bedingungen, die man daran knüpfte. Die eine Bedingung war freilich beinahe selbstverständlich und wurde auch vom Könige nachher genehmigt; es sollte nämlich, da ja auch die 6 Millionen nur zur Verpflegung der Truppen bestimmt waren, alles, was unterdessen den Soldaten an Geld, Lebensmitteln, Fourage u. s. w. schon geliefert worden wäre, von dem zu zahlenden Betrage in Abzug gebracht werden. Bedenklicher klang die zweite Bedingung. Nach derselben sollten jene 2 Millionen auf alle 12 Kreise Böhmens, einschließlich der Gebiete von Eger und Olmütz, vertheilt werden. Da nun die Stände recht gut wußten, daß aus den von den Oesterreichern und Preußen besetzten Gebieten keine Zahlungen zu erwarten seien, so bedeutete das eigentlich nur, daß die Stände nicht einmal die bewilligten 2 Millionen in Wirklichkeit zahlen wollten, sondern nur jenen Betrag, der auf den Rest des Königreiches entfiel, wenn der Antheil der von den Oesterreichern und Preußen besetzten Gebiete davon abgezogen wurde. Man ermißt die ganze Bedeutung dieser Bedingung erst dann, wenn man sich erinnert, daß von den Oesterreichern zwei, von den Preußen

<sup>1)</sup> Auf den gemeinen Mann kamen davon nach der üblichen Vertheilung zwei Drittel, auf die höheren Stände ein Drittel. Die Stände dankten hierbei dem Könige für den Nachlaß der Steuerrückstände aus früheren Jahren; in diesem Zusammenhange mußte das halb als Spott, halb auch wieder als eine Mahnung erscheinen, daß der König auf dem Wege sei, die kaum gewonnene Beliebtheit wieder zu verschmerzen.

aber mindestens drei, zu Zeiten selbst fünf Kreise besetzt waren und daß auch Eger und Glas in fremden Händen sich befanden, ersteres noch in denen der Oesterreicher, letzteres in denen der Preußen. Das halbe Königreich also war abzurechnen, und von den 2 Millionen blieb nur etwas über eine Million wirklich zu zahlen übrig<sup>1)</sup>.

Auch diese Antwort war somit wenig geeignet, bei dem Könige eine freundliche Aufnahme zu finden. Am Hofe betrachtete man das Vorgehen der Stände als Ueberhebung: „Der König sei kein Wahlkönig“, sagte man, „mit dem allenfalls eine Kapitulation aufgerichtet werden könnte, sondern ein Erbkönig; die Stände hätten kein Recht, ihm Bedingungen vorzuschreiben.“ Streng war denn auch der Ton des königlichen Schreibens, mit dem die Eingabe der Stände beantwortet wurde; zum zweiten Male wurde daran erinnert, daß der König das Land mit Waffengewalt unterworfen, mit stürmender Hand die Hauptstadt in Besitz genommen habe. Wie ein erobertes Land könnte also der König Böhmen behandeln, und nur aus landesväterlicher Milde habe er auf sein Recht als Sieger theilweise verzichtet. Weiter aber könne er nicht mehr gehen, die geforderte Summe müsse unbedingt zu den festgesetzten Terminen gezahlt werden und namentlich die ersten 2 Millionen schon zu Ende Januar, bei Strafe sofortiger Exekution!<sup>2)</sup>

Es ist möglich, daß diese drohende Sprache den Widerstand der Stände gebrochen hätte, wenn nicht eben damals jener Umschwung eingetreten wäre, dessen wir schon bei der Huldigung

<sup>1)</sup> Die Stände wollten freilich mit der Einbringung des auf die österreichisch-preussischen Gebiete entfallenden Betrags den de Sechelle betraut wissen; es lag darin eine Art böhmischer Anerkennung für das entschiedene, durchfahrende Wesen dieses Mannes. Uebrigens fand Sechelle wirklich ein Mittel, selbst auf feindlichem Boden Steuern zu erzwingen, nämlich von solchen Adeltichen, deren Herrschaften zum Theil im französischen, zum Theil im feindlichen Antheil lagen; er exquirte dann die diesseits gelegenen Güter und Schlösser so lange, bis die Besitzer auch für die übrigen Ländereien gezahlt hatten.

<sup>2)</sup> Karl an d. Hofd., 21. Jan., und an Sechelle, 23. Jan. M. St. N. 51/15; N. N.

gedachten. Eben damals drangen die Panduren von Oberösterreich her in Baiern ein, und wie Karl aus diesem Grunde nicht wagte, die Strafen gegen diejenigen vollstrecken zu lassen, welche die Huldigung verweigerten, so konnte er auch in der Frage der 6 Millionen die bisherige Strenge nicht aufrecht erhalten. Thöricht wäre es gewesen, sich auf die Gewalt der Waffen zu berufen in dem Augenblicke, wo eben diese den König im Stiche ließ. Und auch sonst änderten sich damit die Verhältnisse. Als man die 6 Millionen forderte, hatte man noch hoffen können, die Oesterreicher völlig aus Böhmen zu verjagen, man hatte hoffen können, daß auch die südlichen Kreise, wenn nicht sofort, so doch bei den späteren Terminen zu den Zahlungen mit beitragen würden; jetzt war es mit dieser Hoffnung für lange Zeit vorbei. Man konnte nur auf das halbe Königreich rechnen und durfte vernünftiger Weise auch nur die halbe Summe fordern.

Das geschah denn auch. Urpötzlich erfolgte der Umschwung; am 21. Januar war jenes drohende Schreiben erlassen worden, schon am 26. wurde es widerrufen<sup>1)</sup>. Was der König bisher so hartnäckig verweigert hatte, die Hinausschiebung des Termins für die ersten 2 Millionen, wurde jetzt bewilligt und zwar um 14 Tage, bis Mitte Februar; außerdem aber verlangte der König nur noch eine Million unmittelbar von den Steuerträgern und zwar ebenfalls erst für Ende April. Für die übrigen 3 Millionen verließ er sich auf den ungewissen Erfolg der von den Ständen abzuschließenden Anleihe.

Der König hatte indeß auf dem Wege der Milde eben so wenig Glück als vorher auf dem der Strenge; so sehr er auch seine Forderungen ermäßigte, der wirkliche Erfolg blieb noch weit hinter denselben zurück. Zunächst wurde schon der erste Termin keineswegs eingehalten, weil die Hofdeputation den Aufschub von 2 Wochen, welchen der König bewilligt hatte, eigenmächtig auf das Doppelte verlängerte, so daß die 2 Millionen erst Ende Februar fällig wurden<sup>2)</sup>. Aber selbst hierüber hätte sich der

<sup>1)</sup> Karl VII. an Würben, M. St. A. 51/15.

<sup>2)</sup> Sechelle erließ übrigens trotzdem Drohschreiben, in welchen die Zahlung schon für den 15. Febr. verlangt wurde; Karl VII. schickte aus diesem Grunde

König noch hinwegsetzen können, wenn nur wenigstens dann die ganze Summe, die er verlangt hatte, in seine Hände kam. Aber auch das war nicht der Fall. Ende Februar hatte man nicht mehr als 1½ Millionen beisammen; den Abgang einer halben Million entschuldigte man mit den Lieferungen für die Truppen, der Besetzung so vieler Kreise durch die Preußen und Oesterreicher, der Verwirrung des Krieges überhaupt.

Auch in Bezug auf die Anleihe war man nicht glücklicher; mit leeren Händen kehrte Bournet aus Holland zurück. Zu unsicher mochte den Kaufherren in Amsterdam, an die er sich hatte wenden wollen, die bairische Herrschaft in Böhmen erscheinen, zu ungewiß daher auch die Rückzahlung einer Summe, die man unter einer solchen Regierung den Ständen vorstrecken sollte; wie, wenn Böhmen wieder in österreichische Hände fiel und die neue Regierung dann die unter dem „Usurpator“ aufgenommenen Schulden nicht anerkannte? Ähnlich mußten aber auch die andern Geldmächte jener Zeit die Lage beurtheilen; die Aussicht, eine Anleihe zu erhalten, war also sehr gering<sup>1)</sup>.

Da aber verfielen die Stände auf einen neuen, freilich beinahe abenteuerlich zu nennenden Gedanken; sie wollten nämlich die ganze Summe von 6 Millionen bei dem Könige Friedrich II. von Preußen borgen. Bequem wäre es freilich gewesen, sich von dem Könige von Preußen die Summen geben zu lassen, die man zur Verpflegung der französischen Truppen brauchte, statt daß man bisher für Preußen und Franzosen in gleicher Weise aus eigener Tasche hatte zahlen müssen. Schon hatte man eine aus-

---

den Gr. Kaiserstein nach Prag, „um die Stände von der sonst unvermeidlichen Exekution zu befreien“. Sechelle an d. Pilsner Kreisshptl., 13. Febr.; Karl an d. Hofd., 17. Febr.; Prot. d. Hofd., 27. Febr. M. St. A. 51/20. 51/16.

<sup>1)</sup> Die Stände hatten übrigens auch von früher her schon beträchtliche Schulden, nach ihrer eigenen Berechnung über 7, ja beinahe 8 Millionen; hierbei sind jedoch auch Vorschüsse eingerechnet, welche die reicheren Stände selbst aus Eigenem der Regierung geleistet; die Schulden im Auslande werden nicht über 1600000 fl. betragen haben. Bald nach dem Einrücken der Baiern und Franzosen wurden mehrere Beträge dieser alten Schuld aufgekündigt, wobei allerdings die Rückzahlung jedes Mal verweigert wurde. Schriftstücke v. 16. Okt., 6. Nov., 15. Dez., 20. April, 4. u. 11. Mai. A. A.

fürliche Vollmacht für den Unterhändler entworfen, in welcher dem Könige verschiedene Bedingungen in Bezug auf die Rückzahlung, die er seinerzeit verlangen könne, vorgezeichnet wurden, als eine kurze und bestimmte Erklärung Friedrich's II. dem ganzen schönen Traum ein jähes Ende bereitete. „Er brauche sein Geld für seine eigenen Truppen“, lautete dieselbe, „man möge sich also nicht weiter bemühen“<sup>1)</sup>.

Nach dem Scheitern auch dieses Planes war eigentlich auf ein Gelingen der Anleihe kaum mehr zu hoffen. Zwar erbot sich eben damals ein Jude, Namens Tritsch, der erst vor kurzem aus dem Gefängnisse entlassen worden war, in das ihn, wie es scheint, ein Betrugsprozeß gebracht hatte, wenigstens 2 Millionen von seinen Glaubensgenossen im Auslande herbeizuschaffen, und es ist immerhin bezeichnend, daß die Stände selbst das Anerbieten eines so zweifelhaften Subjektes keineswegs zurückwiesen. Indes glaubten die Stände selbst kaum recht an einen Erfolg dieser Sendung, und wenn trotzdem die Unterhandlungen zwischen den Ständen und dem Könige über die Art der Rückzahlung der Anleihe u. s. w. noch eine Zeit lang fortgesetzt wurden, so war das im Grunde ein Schriftenwechsel ohne alle tatsächliche Bedeutung<sup>2)</sup>.

Uebersichten wir die Lage der Dinge, wie sie hiermit sich herausstellte! An Steuern waren anderthalb Millionen eingegangen, und durch die Exekutionen steigerte sich dieser Betrag bis auf 1800 000 fl.; das war aber auch alles, was der König von den ursprünglich geforderten 6 Millionen wirklich hatte erhalten

<sup>1)</sup> Zinsen hatte man 3 pCt., höchstens 4 pCt. zahlen wollen, obgleich in Böhmen 6 pCt. der übliche Zinsfuß war, man hatte die Münzsorten vorschreiben wollen, in denen Friedrich die Zahlung zu leisten habe, und ähnliches. Würden an Karl VII. und Vollm. für Bournet, 8. März. M. St. A. 51/16.

<sup>2)</sup> Die Befürchtung, daß die Anleihe überhaupt nicht zu Stande kommen werde, äußert Kolowrat schon am 28. Jan.; auch Kaiserstein sagt am 22. März, er wüßte nur, daß der Kaiser den Kredit finde, alles übrige sei Nebensache. Der Jude Tritsch wünschte seinerseits, daß der König von Frankreich die Anleihe garantire. Kolowrat an Preßing; Kaiserstein an Karl VII., 10. und 22. März; Vortrag v. 16. Dez.; Prot. d. Hofd., 9. Febr. M. St. A. 3, 23 M. St. A. 387, 9. 51/20. 51/12. 51/16.

können. Und konnte man hoffen, auf dem bisherigen Wege mehr zu erlangen? Das war schwer zu glauben; da die Anleihe gescheitert war, so hätte man die ganze Last auf die Unterthanen wälzen müssen; daß aber diese unvermögend waren, sie zu tragen, bewies am besten der große Abgang bei der ersten Rate der 6 Millionen, selbst nach Durchführung der Exekution.

Wie aber war dann das Fehlende herbeizuschaffen? Am Hofe scheint man nicht lange in der Wahl der Mittel geschwankt zu haben; ein kühner Griff in die aufgesammelten Reichthümer der Geistlichkeit schien den raschesten und gewissten Erfolg zu versprechen. Man verlangte demnach, daß der ganze Betrag von 1 200 000 fl., welcher zu den ersten 3 Millionen noch fehlte, von dem Klerus eingezahlt würde. Die Jesuiten sollten allein die kolossale Summe von 300 000 fl. erlegen, und auch andere Klöster wie das Kreuzhern-Kloster zu Prag, die Klöster in Braunau und Hohenfurth waren immer noch zu 40 — 50 000, selbst 100 000 fl. angesetzt.

Daß die Geistlichen und insbesondere in ihrem Namen der Erzbischof die lebhafteste Einsprache gegen eine solche Vergewaltigung erhoben, ist nicht zu verwundern; ihre Vorstellungen machten indeß nicht eben viel Eindruck. Am wenigsten Skrupel bereite bei Hofe der Einwand, daß eine solche Besteuerung ohne Erlaubniß des Papstes gar nicht zulässig sei. Man versprach zwar, diese Erlaubniß einzuholen, verlangte aber das Geld sofort; die Einwilligung des Papstes, sagte man, könne auch nachträglich gegeben werden. Auch die Behauptung, daß die Geistlichkeit die geforderten Summen gar nicht besitze, sie also auch nicht hergeben könne, ließ man nicht gelten. Soweit dies baares Geld betreffe, möge das richtig sein; aber wenn die Geistlichen kein Geld hätten, so hätten es Bürger und Bauer noch viel weniger. Die Geistlichkeit habe wenigstens Kredit und könne sich auch in Friedenszeiten leichter erholen als andere. Eine erhebliche Milderung ihres Loses wurde denn auch der Geistlichkeit trotz ihrer wiederholten Bitten nicht zu Theil<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Geistlichkeit zahlte bis Ende April gegen 600 000 fl., und weitere 600 000 fl. wurden ihr in dem Dekrete v. 20. April auferlegt; die ursprüng-

So hart man aber den Klerus mitgenommen hatte, der Bedarf war damit noch lange nicht gedeckt. Erst 3 Millionen waren nunmehr voll geworden, noch immer fehlte also von dem ursprünglich geforderten Betrage die Hälfte. Um wenigstens einigermaßen die Einkünfte zu steigern, verfiel man auf die seltsamsten Vorschläge, sogar auf den einer Münzverschlechterung<sup>1)</sup>. Auch eine ganz eigenthümliche Besteuerung des Kapitals wurde erdacht und auch wirklich durchgeführt, nach welcher die Schuldner ihren Gläubigern statt der in Böhmen sonst üblichen 6 pCt. bloß 3 pCt. zu zahlen hatten; von den übrigen 3 pCt. sollten sie eines dem Könige abliefern, die zwei andern konnten sie dann gewissermaßen zur Belohnung für die Entrichtung der Steuer behalten. Man hoffte, daß diese Maßregel insbesondere von dem verschuldeten Theile des Adels mit Beifall würde aufgenommen werden<sup>2)</sup>.

Solche Mittel waren es indessen nicht, durch die ein so großer Abgang gedeckt werden konnte; man mußte ein viel wirksameres suchen und fand es in einer Zwangsanleihe beim böhmischen Adel. Viele Familien hatten, das war ja weltbekannt, ein wahrhaft fürstliches Vermögen; viel zu unbedeutend erschienen im Vergleiche damit die Zahlungen, welche sie in Gestalt des „Extraordinariums“ aus eigener Tasche bisher an den König geleistet hatten. Desto gründlicher wollte man jetzt diesen Brunnen ausschöpfen. Geradezu ungeheuerlich war der

---

liche Forderung von 1274 000 fl. wurde also jedenfalls nur wenig ermäßigt, doch wurde später Rückzahlung aus Steuergeldern versprochen. Karl VII. an d. Hofd., 5. u. 20. März, an Würben, 20. März; Kaiserstein an Karl VII., 22. März; Würben an Karl VII., 10. April und 11. Mai; Bittschriften der Prälaten und Aebte, des Erzbischofs, der Jesuiten, der Aebte von Kladrau und Töpl u. s. w. 6. März, 3. u. 16. April. M. St. A. 51/16, 51/17, 51/19.

<sup>1)</sup> Eigentlich war es eine künstliche Erhöhung des Werthes der 7 und 17 kr.-Stücke auf 8 und 18 kr.; daß dies einer Münzverschlechterung gleichkomme, erkannte auch die Hofd. (Eingabe an Karl VII., 10. April). M. St. A. 51/17.

<sup>2)</sup> In Wirklichkeit trat freilich das Gegentheil ein; die Schuldner unterließen es, das eine Procent an die Staatskassen abzuliefern, und schon am 30. April wurde in Folge dessen an die Wiederaufhebung jener Begünstigung gedacht. Karl VII. an d. Hofd., 5. März; d. Hofd. an d. Kreisshptl., 30. April. M. St.

erste Plan, nach welchem bloß 15 Geschlechter die ganze Summe von 3 Millionen vorstrecken sollten; auf einzelne Familien kamen hiernach 300 000, selbst 400 000 fl. Sogar der Kanzler Graf Kaiserstein erhob hiergegen Einwendungen. Nun wurde eine zweite Liste ausgearbeitet, in der die Beiträge auf eine größere Anzahl von Adlichen vertheilt waren, wodurch sie etwas ermäßigt wurden. Aber auch in dieser Gestalt waren die verlangten Summen noch immer groß genug: 10 Familien sollten je 70 000 fl., 4 Familien, darunter die des Fürsten Colloredo, je 100 000 fl., der Fürst Schwarzenberg und die Graf Schönfeld'schen Erben sogar 150 000 fl. erlegen. Das war auch für eine sehr reiche Familie noch immer eine empfindliche Besteuerung<sup>1)</sup>.

Aber der Adel besaß damals gar nicht einmal jene unermesslichen Reichthümer, welche man bei ihm vermuthete. Groß und ausgedehnt waren allerdings seine Güter, groß aber auch die Schulden, welche auf ihnen lasteten. Von jenen 15 reichsten Adelsgeschlechtern, denen man ursprünglich allein die Zahlung der ganzen Summe zugemuthet hatte, war nach einem unverdächtigen Zeugen, dem Grafen Kaiserstein, keines, das nicht etliche Hunderttausend oder gar eine Million Schulden hatte. Eben damals wurden Untersuchungen angestellt und Vorschläge gemacht, wie den immer häufiger werdenden Bankerotten im böhmischen Adel ein Ziel gesetzt werden könnte<sup>2)</sup>. Die Stände erklärten denn auch die Erfüllung der königlichen Forderung einfach für unmöglich; nicht einmal in eine Prüfung der übersendeten Liste wollten sie sich einlassen: „So viel Geld“, sagten sie, „sei im ganzen Königreiche nicht vorhanden.“ Ein Sturm von Bittschriften und Klagen der einzelnen betroffenen Adelspersonen gab den Vorstellungen der Stände den nöthigen Nachdruck.

<sup>1)</sup> Karl VII. an d. Hofd., 20. April; Gutachten Kaiserstein's (ohne Datum); Karl an d. Hofd. und an Würben, 18. u. 20. Mai; Antworten d. Stände, 11. Mai u. 4. Juni. M. St. A. 51/17. 51/19; A. R.

<sup>2)</sup> Sie kamen übrigens nur im Adel vor und waren erst seit 20 Jahren so häufig geworden; bei vielen hatten die Juden ihre Hände mit im Spiele. Gutachten des Prof. W. Neumann v. Buchholz (ohne Datum); Bittschrift um Vertreibung d. Juden, 29. Dez. M. St. A. 51/22. 51/23.

Sie blieben wirklich nicht ganz erfolglos. Zwar die Familien Schwarzenberg, Schönfeld, Montecuculi, Savoyen u. s. w. waren auch in der dritten Liste, die nun abgefaßt wurde, nicht geschont, sie blieben zu je 100 000 fl. angesetzt; aber den Mindervermögenden wurde eine Erleichterung. Vorwiegend zu ihren Gunsten setzte der König die anfangs geforderte Summe von 3 Millionen auf weniger als die Hälfte, auf 1 400 000 fl. herab; für 150 Adelige wurde dadurch die Zahlung auf bloß 1000 fl. ermäßigt. Die Zurückzahlung sollte aus der Tranksteuer erfolgen, wie denn jetzt der König jede beliebige Steuer und beinahe auch für jede beliebige Zeit zu überlassen geneigt war, wenn er nur für den Augenblick Geld bekam. In dieser Gestalt unterwarfen sich die Stände, obwol immer noch unter vielen Klagen, endlich der Forderung<sup>1)</sup>.

Auch dies Mal hatte man also durch die Politik des Zögerns und Hinhaltens einen kleinen Erfolg errungen. Vielleicht aber wäre es trotzdem besser gewesen, wenn die Stände diesen Weg nicht eingeschlagen, wenn sie die geforderten Summen, da sie der Zahlung zuletzt ja doch nicht entgingen, lieber sofort, sobald es ihnen nur irgend möglich war, erlegt hätten. Indem sie es nicht thaten, brachten sie weit größere Lasten über das Land, als diejenigen waren, welche sie abwenden wollten.

Die Truppen nämlich, für welche die 6 Millionen bestimmt waren, hatten keineswegs gewartet, bis die Verhandlungen darüber beendet waren, wie sie auch wol nicht darauf warten konnten; sie hatten sich einfach, was sie brauchten, selbst genommen. An die Stelle der regelmäßigen Besteuerung durch die milde Hand der Hofdeputation trat damit eine andere, unregelmäßige, gewaltfame und rücksichtslose, welche von dem französischen

<sup>1)</sup> Alles in allem waren damit vom Lande etwa 4 300 000 fl. theils wirklich gezahlt, theils in Zahlung übernommen worden, nämlich: Ende Februar 1 800 000 fl.; von der Geistlichkeit mindestens 1 100 000 fl., vom Adel 1 400 000 fl. Der noch immer fehlende Betrag von mehr als anderthalb Millionen konnte auf die Lieferungen an die Truppen gerechnet werden, für deren Abschätzung Karl VII. am 18. Mai eine eigene Kommission einsetzte; das Land hat also die 6 Millionen thatsächlich gezahlt.

General-Intendanten Sechelle, also von einer in fremdem Dienste stehenden, der Landesverhältnisse unkundigen Persönlichkeit geleitet wurde.

Am wenigsten Einsprache konnte man erheben, wenn Sechelle für die Truppen Lebensmittel, Fourage, Betten, Lichter, Holz u. dgl. forderte; für so dringende Bedürfnisse mußte ohne Zweifel gesorgt werden<sup>1)</sup>. Aber Sechelle verlangte, namentlich an Getreide, weit mehr, als das augenblickliche Bedürfniß erforderte; er wollte die französischen Magazine für alle Wechselfälle gefüllt wissen ohne Rücksicht auf den Nothstand, den er dadurch hervorbrachte. Im Saazer Kreise kam es vor, daß ein Bauer, der 60 Strich Feld besaß, von dem Ertrage 100 Strich Korn zu liefern hatte. Auf den Herrschaften wurden ganze Schüttböden ausgeleert, so daß den Gepflünderten nicht einmal das nothwendige Saatkorn blieb, um die Felder von neuem zu bestellen. Der Kornpreis stieg in Folge dessen in manchen Gegenden auf das Doppelte und das Futter wurde so selten, daß die Bauern ihr Vieh verkaufen mußten, weil sie es nicht mehr ernähren konnten. Ungeheure Massen von Korn, Weizen, Gerste, Mehl, Heu u. s. w. wurden auf diese Weise in den Magazinen aufgespeichert, Hunderte von Fuhrwerken waren in allen Kreisen beständig unterwegs, um das gelieferte Getreide 6, 8, selbst 12 Meilen weit in die Magazine zu führen. Als Bezahlung für das Getreide erhielten die Bauern nichts als Quittungen, mit denen sie nicht einmal ihre Steuern bezahlen konnten, und, wenn sie Fuhrwerke stellten, hatten sie, während sie ohnehin tagelang die Feldarbeit versäumten, noch überdies die Kosten der Zehrung u. s. w. zu tragen. Zulezt entstand sogar ein förmlicher Wettstreit unter den französischen Bedrückern; auch untergeordnete Generale und Kommissäre schrieben ohne Wissen Sechelle's Lieferungen aus, so daß nicht selten, wenn ein Kommissär in einem Gehöfte einen Getreidevorrath in Empfang nehmen wollte, er

<sup>1)</sup> Die Verpflegung der Truppen, wie sie herkömmlich war, ist dargestellt in der Schilderung des Wesens der Anfässigkeit u. s. w.; die gewiß nicht unbillichen Anordnungen Belleisle's v. 14. Dez. 1741 erschienen damals gedruckt (auch in der Hist. de la dern. guerre 5, 11).

hören mußte, derselbe sei schon vorher von einem andern abgeholt worden<sup>1)</sup>.

Aber Sechelle verlangte auch Geld. Während er den Bauern das Getreide wegnahm, für das sie sonst all ihr Geld gelöst hatten, während zugleich die Beiträge zu der ersten Rate der 6 Millionen von der Hofdeputation ausgeschrieben wurden, forderte Sechelle trotzdem noch einen besonderen Beitrag „zur Bestreitung der Winterquartiere“. Auf einen Angefessenen kamen 3, 4, auch 15 fl., was einer Steuer von mehr als 200 000 fl. für das gesammte Königreich gleichkam. Besonders hart wurden in dieser Beziehung Prag und Eger heimgesucht. Eger, welches am 19. April von den Franzosen erobert worden war, wurde zu einer Zahlung von 200 000 fl. verurtheilt, die erst nach vielem Bitten auf 100 000 fl. herabgesetzt wurde; 10 000 fl. mußte die Stadt noch überdies zahlen, um ihre Glocken vor dem Einschmelzen zu retten<sup>2)</sup>. Auch Prag wurde im wesentlichen wie eine eroberte Stadt behandelt. Abgesehen von der Brandsteuer, die es gleich anfangs hatte zahlen müssen, wurde ihm von Sechelle für Februar die Summe von 140 000 fl. abgefordert, fällig binnen 6 Tagen. Die Hofdeputation, welche den Betrag

<sup>1)</sup> Schmettau bezeichnet schon am 9. Dez. 1741 das Verfahren Sechelle's als „ruchlose Willkür“, der Autor der Hist. de la dern. guerre 6, 171 lobt es dagegen als kluge Vorsicht: bei der Belagerung Prags habe es deshalb später nur an Fleisch gefehlt. Die Pilsner Kreishauptleute berechneten die Leistungen ihres Kreises schon am 7. Dez. auf 256 000 fl. in Geld und Geldeswerth; Mitte Januar treffen wir Forderungen von 40 000 Strich Weizen, 20 000 Str. Korn, 100 000 Str. Hafer, 66 000 Ztr. Heu u. f. w., Mitte April noch höhere: 175 000 Str. Hafer, 115 000 Ztr. Heu, 385 000 Ztr. Stroh u. f. w., dazu viele hundert Stück Ochsen, viele tausend Fässer Bier, viele tausend Eimer Branntwein u. f. w. Der gewöhnliche Kornpreis war für einen Strich 2 fl. 30 kr., höchstens 2 fl. 45 kr., am 6. April ist er 5 fl. Kolowrat an Breysing, 28. Jan.; d. Hofd. an Karl VII., 15. u. 19. Jan. u. 6. April; Würben an Karl, 25. Jan., 8. u. 29. März; d. Stände an d. Hofd., 6. April; Vorträge d. Hofkanzlei, 16. Dez. u. nach d. 19. April; Prot. d. Hofd., 5. Juni; Bericht d. Hauptpostamtes, 30. Dez. u. f. w. M. R. A. 3, 23; M. St. A. 51/15 — 51/20.

<sup>2)</sup> Rittel's Abhandlung; Bericht d. Saazer u. Kaurzimer Kreishptl., 12. April; d. Hofd. an Karl VII., 6. April; Würben und d. Hofkanzlei an Karl, 11. u. 25. Mai; Prot. d. Hofd. 4. Juni. M. St. A. 51/16. 51/19; A. R.

auszuschreiben sollte, weigerte sich, es zu thun, bewirkte aber damit nur, daß Sechelle den Betrag selbst ausschrieb und ihn thatächlich herbeibrachte. Ja noch mehr, für den März verlangte Sechelle die gleiche Summe, für den April noch einmal 100 000, für den Mai 75 000 fl., so daß also Prag in diesen 4 Monaten außer den gewöhnlichen Landessteuern und außer den Zahlungen zu den 6 Millionen nicht weniger als 455 000 fl. zu erlegen hatte. Wol konnte da der Landtagsdirektor Graf Würben die Befürchtung aussprechen, daß auf solche Art Böhmen nicht 6 Millionen, sondern 15 Millionen zu zahlen haben würde<sup>1)</sup>.

Was aber diese Abgaben noch verhaßter machte, war die Härte, mit der sie eingetrieben wurden. Kein Stand, kein Rang schützte vor der Exekution, die gewöhnlich mit je 50 Grenadieren unnachsichtlich vorgenommen wurde, die in der Art ihrer Durchführung beinahe wie eine Plünderung ausah. Um ihr zu entgehen, wurden die äußersten Opfer gebracht, „der letzte Kreuzer wurde“, wie ein Berichterstatter sich ausdrückt, „hervorgesucht“. Man verkaufte die Möbel, das Silbergeräth, man entließ die Bedienten, obwol dieselben dadurch brodlos wurden, ja es wird sogar behauptet, daß 400 Bürger der Prager Neustadt selbst ihre Häuser zum Verkaufe angeboten hätten, wofür sich freilich in so stürmischer Zeit keine Käufer finden wollten. Auch die Geistlichkeit wurde hierbei nicht geschont; der Prager Dompropst z. B. erhielt eine Exekution von 8 Mann, und eine Zeit lang hatte man sogar das seltsame Schauspiel, daß selbst die Domkirche von militärischer Exekution besetzt war<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Bei diesen Zahlungen blieben von Monat zu Monat größere Rückstände, obwol doch die Zahlungen selbst auch ermäßigt wurden; beim ersten Termin bloß 1600, beim zweiten fast 10 000, beim dritten an 18 000, beim vierten über 40 000 fl. (Bericht v. 30. Juni; A. N.); Seigel S. 223; Bittschr. um Erlassung d. Brandsteuer, 29. Dez.; Kolowrat an Preshing, 24. u. 28. Jan.; Würben an Karl VII., 16. Febr. u. 11. Mai u. v. a. M. N. N. 3, 23; M. St. N. 51/19 — 51/23.

<sup>2)</sup> Würben an Karl VII., 29. März und 11. Mai; d. Hofammer an Karl, 27. April; Befehl Sechelle's, 6. April; der Altstädter Magistrat an d. Hofb., 21. Mai. A. N.; M. St. N. 51/16. 51/17.

Diese Exekutionen trafen besonders hart den Adel. Von den früheren Regierungen war er ohne Zweifel vermöhnt worden: er war eigentlich steuerfrei, und wenn er trotzdem alljährlich einen verhältnißmäßig kleinen Beitrag leistete, so galt dies immer nur als eine „außerordentliche“, gewissermaßen freiwillige Besteuerung. Bei Beginn der bairischen Herrschaft hatte der Adel daher alles Ernstes das Verlangen gestellt, daß alle herrschaftlichen Häuser und Schlösser von der Einquartierung verschont bleiben sollten. Obgleich nun diesem Wunsche nicht entsprochen wurde, so zweifelte doch der Adel keineswegs daran, daß wenigstens das Zwangsmittel der Exekution im Falle der Nichtzahlung von Steuern nur gegen Bürger und Bauern, niemals aber gegen den Adel angewendet werden würde; bei letzterem, hoffte man, würde, wie früher, höchstens nur die Sequestration der Einkünfte verhängt werden. Hierin aber täuschte man sich; Sechelle kümmerte sich wenig um die Sonderrechte des böhmischen Adels, und da er auch die Exekution für die Beiträge zu den 6 Millionen auf sich genommen hatte, so erequirte er im ganzen Lande mit aner kennenswerther Unparteilichkeit die Rückstände der Adlichen ebenso wie die der Bürger und Bauern. Es schien fast, als ob er die Waffe der Exekution mit besonderer Vorliebe gegen den Adel schwinde. Wenn die Bauern einer Herrschaft nicht den vollen Steuerbetrag eingezahlt hatten, so schickte er die Exekutionstruppen der Bequemlichkeit halber einfach in das Schloß des betreffenden Gutsherrn; dieser hatte dann das Fehlende zu erlegen, wobei es ihm überlassen blieb, ob und wie er sich das ausgelegte Geld von den Bauern wieder zurückzahlen lassen wollte. Selbst die Kreishauptleute, die ja gleichfalls Adliche waren, wurden von Sechelle dafür verantwortlich gemacht, wenn in ihren Kreisen die Steuern nicht regelmäßig eingingen; man bedrohte sie mit Exekution und sogar mit Gefangennehmung<sup>1)</sup>.

Und es blieb nicht einmal bei bloßen Drohungen. Der Kreishauptmann von Kaurzim, Mladota von Solopisk, wurde

<sup>1)</sup> Karl mißbilligte dies schon am 20. März und nochmals am 20. April; die Fortdauer der Klagen beweist aber, daß Sechelle sich wenig darum kümmerte. Die Hofd. an Karl, 6., 9. u. 13. April. M. St. A. 51/16. 51/17; A. R.

schon am 20. Januar auf Befehl Sechelle's bei Nacht und Nebel aus dem Bette geholt und nach Prag in's Gefängniß gebracht. Zu Fuße, umgeben von Grenadieren mit aufgepflanztem Bajonnet, den Blicken des Pöbels wie ein Missethäter ausgesetzt, wurde er hier von der Altstadt durch die Kleinside auf den Gradschin geführt, wo man ihn im Rathhause in einer Zelle neben andern Verbrechern in Verwahrung brachte. Als Grund dieser Behandlung vermuthete Mladota selbst den Widerstand, den er einige Male den Befehlen Sechelle's geleistet; das Nothwendige habe er zwar immer herbeigeschafft, aber alle Forderungen der Franzosen zu erfüllen sei unmöglich gewesen, ohne den Ruin des Kreises herbeizuführen. Die Anklage Sechelle's lautete freilich auf ein ganz anderes Verschulden, nämlich auf verrätherische Korrespondenz mit dem Feinde; es scheint jedoch nicht, daß man hierfür irgendwie ausreichende Beweise hatte. Kaum würde man sonst Mladota's Auslieferung an die Stände, die später wirklich erfolgte, zugegeben haben; auch daß die Hofdeputation schon am 9. Februar nicht bloß die Freilassung des Gefangenen, sondern sogar dessen Wiedereinsetzung als Kreishauptmann beantragte, darf wol als Beweis gegen ein derartiges Verschulden angesehen werden. Mladota selbst hatte freilich wenig Nutzen von diesen Verwendungen. Schon am Tage der Gefangennahme hatte er in Folge der Aufregung, des Zorns und der Beschämung einen Schlaganfall gehabt; einige Zeit später starb er.

Man kann sich denken, welche Erbitterung solche Vorgänge im böhmischen Adel hervorriefen; „flavisch“ nannte man diese Behandlung: alle Privilegien der Stände, die ganze Verfassung des Landes, des Königs eigene Befehle würden von Sechelle mit Füßen getreten. Die bittersten Beschwerden ergingen an den König, ohne daß dieser ausgiebige Hülfe zu gewähren vermochte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> „Daß wir nicht so flavisch ohne Verschulden traktirt werden“, schreibt der Landtagsdirektor Gr. Würben am 27. Jan.; in ein Loch sei Mladota geworfen worden, in welchem sonst nur „Kriminalisten“ untergebracht wurden u. s. w. Von Sechelle sagt derselbe am 25. Jan., daß dieser immer nur „in terminis mandativis“ spreche, als sei er berechtigt, den Ständen Befehle zu erteilen;

Aber auch das Landvolk litt bei diesen Verhältnissen mehr und mehr. Es war zwischen der Hofdeputation und der Sechelle ausgemacht worden, daß den Bauern bei den Exekutionen das nothwendigste Ackergeräth, das Korn zur Sommerfaat, das zum Bestellen der Felder unumgänglich nothwendige Vieh jedenfalls gelassen werden solle; aber die Franzosen kehrten sich nicht daran. Sie nahmen einfach alles weg, was sie fanden, Getreide, Vieh, Möbel, Ackergeräthe u. s. w., bis nach ihrer Meinung der Betrag der Steuer gedeckt war; nicht einmal so viel blieb den Leuten, um ihr Leben bis zur nächsten Ernte fristen zu können, und als die Felder neu bestellt werden sollten, da mußten in den meisten Gegenden die Herrschaften den Unterthanen die Saat leihen, vorausgesetzt daß sie selbst noch welche hatten. Manchmal aus weit entlegenen Kreisen, selbst aus dem Auslande mußte die Saat verschrieben werden. In besonders arg heimge suchten Dörfern liefen sogar die Einwohner in die Wälder, gleichsam als ob sie so dem unerträglichen Drucke, der auf ihnen lastete, entfliehen könnten<sup>1)</sup>. Die düstersten Prophezeiungen in Bezug auf die Zukunft wurden laut: eine allgemeine Hungersnoth, Pest und Krankheiten, massenhafte Auswanderung, wol gar eine Empörung sei in sicherer Aussicht. Schon sei Böhmen ein Königreich „ohne Mittel“, bald werde es ein Königreich ohne Einwohner sein; eine Wüstenei, eine Einöde müsse es werden, wenn dem Elende nicht schleunig Einhalt gethan werde<sup>2)</sup>.

---

was der König durch „allergnädigste Postulate“ verlange, fordere er direkt durch Befehle und „*manu militari*“. Kolowrat und Würben an Preßing, 24. u. 27. Jan.; d. Hofd. an Karl VII., 23. Jan. u. 9. Febr.; Beschwerde Madota's, 1. Febr.; d. Hofd. an d. Hofkanzlei, 9. Febr. M. R. N. 3, 23; M. St. N. 51/15. 51/20. 51/12.

<sup>1)</sup> Dies geschah in acht Dörfern des Pilsner und auf zwei Herrschaften des Prachiner Kreises; auch offene Widersetzlichkeit gegen die Franzosen kam vor z. B. in Rothenhaus. Kroh, Rentschreiber in Planitz, an d. Pilsner Kreishptl., 14. Febr.; d. Hofd. an Karl VII., 6., 9. u. 19. April; Karl VII. an d. Hofd., 2. März; Prot. mit einem Angeber, 10. Mai. M. St. N. 106/32. 51/16. 51/17. 51/20.

<sup>2)</sup> „Die Erschöpfung ist allgemein“, heißt bei Abweisung einer Klage der Stadt Unhoscht. „Zuerst“, klagt die Hofd. am 26. Febr., „habe man das

Und bald bezeugten die Thatsachen, daß diese Prophezeiungen nicht allzu übertrieben waren. Zwar daß im Leitmeritzer Kreise, wo die Sachsen lagen, der Flecktyphus und andere ansteckende Krankheiten ausbrachen, wollen wir nicht allzu hoch anschlagen; derlei kann in jedem Kriege sich einstellen. Viel bezeichnender ist, daß eben damals in den östlichen Kreisen des Königreiches die Auswanderung außerordentlich überhand nahm. Die Auswanderer gaben selbst als den Hauptgrund dieses ihres Schrittes die Noth des Landes an; „Böhmen sei mit Soldaten angefüllt“, sagten sie, „eine Hungersnoth stehe bevor, binnen kurzem würden alle Einwohner durch das Schwert umkommen; wer klug sei, möge also noch rechtzeitig zu entfliehen suchen!“<sup>1)</sup>

Freilich, wenn dies der Hauptgrund der Auswanderung war, der einzige war es nicht; auch religiöse Beweggründe wirkten mit ein. Die Schlacht auf dem Weißen Berge und die ihr folgenden Bedrückungen hatten den Protestantismus im Lande doch nicht völlig ausrotten können, man las noch immer hie und da „kezerische“ Bücher, ja man hielt wol gar einmal oder das andere Mal heimlichen Gottesdienst. Kam dies an den Tag, so wurden die Betreffenden mit Einkerkierung und Landesverweisung bestraft.

---

Land von Brod entblößt, dann von Vieh, endlich selbst von Leuten, bald werde es einer Einöde gleichen“; Würben versichert: „Sechelle werde noch den totalen Ruin Böhmens herbeiführen, Böhmen eine Wüste werden“, und an einer andern Stelle fleht er: „Das Königreich liegt schon in den letzten Zügen; daher Erbarmen!“ Selbst die Hofkanzlei stimmt in diese Klagen ein: „Ich weiß vor Betrübnis nicht“, heißt es in einem undatirten Vortrage derselben, „was ich rathen soll; die Miserie kann nicht größer sein“ u. s. w. u. s. w. Prot. d. Hofd., 2. — 8. März; Bericht d. Leitmeritzer Kreisshptl., 1. Jan.; die Stände an Karl, 30. Dez., 4. Jan., 12. März; d. Hofd. an Karl, 15. Jan., 26. Febr., 19. April; Kolowrat an Preshing, 24. Jan. und undatirt u. s. w. U. R.; M. St. U. 51/15 — 51/20; M. R. U. 3, 23.

<sup>1)</sup> Brief eines gew. Pawel Felinek an seine Mutter, 2. Febr.; Bürgermeister und Rath des Städtchens Sadska an d. Hauptmann d. Bodebrader Herrschaft, 6. März; d. Hofd. an d. Hofkanzlei, 8. Febr., und an Karl VII. 22. Febr., 2., 20. u. 30. März, 9. u. 20. April und 14. Juni. M. St. U. 51/12. 51/16. 51/17. 51/19. 51/20. 51/22.

Da war es nun eine gewaltige Veränderung, als die gleichfalls protestantischen Preußen in das Land einrückten und einen Theil desselben dauernd besetzten; was so lange im Verborgenen geglimmt, konnte nun mit einem Schlage an die Öffentlichkeit treten. Aber dabei blieb es nicht; alle diese Leute wollten nun auch auswandern, in Gegenden, wo ihre religiöse Uebung auf die Dauer gesichert war und wohin zugleich, wie sie hofften, das Elend des Krieges ihnen nicht folgen würde. Besonders auf Schlessien richteten sie ihre Blicke.

Den ersten Anstoß zu der ganzen Bewegung gaben Personen, die schon unter der früheren Regierung um der Religion willen aus dem Lande geflüchtet waren. Diese kamen nun, mit preußischen Pässen versehen, zurück, die einen, um ihre Angehörigen nachzuholen, die andern, um ihre bewegliche Habe wieder in Empfang zu nehmen oder ihre damals verlassenen Grundstücke zu verkaufen. Die preußischen Behörden unterstützten sie dabei auf das kräftigste, so daß sie in den meisten Fällen ihren Zweck erreichten. Hiermit begnügten sich jedoch diese Ankömmlinge nicht; sie hielten auch mit ihren Gesinnungsgenossen aller Orten lutherischen Gottesdienst, und vor allem sie waren es, welche ihre ehemaligen Freunde aufforderten, es ihnen nachzumachen, gleichfalls ihre Habe zu verkaufen und Böhmen zu verlassen.

Man begreift leicht, daß die böhmischen Obrigkeiten diesem Vorgange nicht gleichgültig zusehen konnten, einem Vorgange, welcher Böhmen zu entvölkern drohte, um Schlessien und andere fremde Länder zu bereichern. Auch hatten die Obrigkeiten direkten Schaden dabei. Die auswanderungslustigen Unterthanen verweigerten nämlich von dem Augenblicke an, wo sie sich zur Auswanderung entschlossen hatten, alle Abgaben und Lieferungen; sie verkauften ohne Genehmigung der Obrigkeiten Grundstücke, welche ihnen gar nicht einmal als freies Eigenthum gehörten; sie brachten endlich durch ihre Auswanderung die Obrigkeiten um alle die Roboten und Frohndienste, zu denen sie bis dahin verpflichtet gewesen, ohne dafür eine Entschädigung zu leisten.

Aus diesen Gründen und „um das Seelenheil der Unterthanen zu retten“, glaubten die Behörden trotz der ungünstigen

Verhältnisse doch gegen die Auswanderer einschreiten zu müssen. Zwei jener zurückgekehrten Flüchtlinge, welche im Dorfe Černilov bei einem gewissen Heizmann lutherischen Gottesdienst gefeiert, wurden festgenommen; ihr Wirth aber, der Richter, der Geschworene und noch zwei Bauern des Dorfes wurden vor den Kreishauptmann in Königgrätz geladen, um von ihm einen Verweis zu erhalten. Schon dabei war es ein schlimmes Zeichen, daß zwei der Vorgeladenen nicht früher erschienen, als bis auch der preußische General Kalkstein es ihnen befohlen hatte; noch anmaßender war ihr Benehmen in der Kanzlei selbst. „Um ihnen durch den Sinn zu fahren“, ließ der Kreishauptmann den Heizmann einsperren, kam aber damit aus dem Regen in die Traufe. Heizmann erklärte nämlich plötzlich, er sei preußischer Rekrut und begehrte auf Grund dessen seine Freilassung; als sie verweigert wurde, erschien alsbald eine Anzahl preußischer Musketiere, welche den Gefangenen, dem Kreishauptmann zum Hohne, ohne weiteres aus dem Kerker abführten. Mit den Versuchen, die übrigen Auswanderer einzuschüchtern, war es nun natürlich vorbei.

Indessen ein Weg blieb den Kreishauptleuten noch übrig; sie konnten bei den preußischen Generalen gegen die Einmischung preußischer Soldaten in die Rechtspflege und Verwaltung des Landes Beschwerde führen, und sie thaten es auch. Der Erfolg war jedoch gering. Kalkstein erklärte, er könne in der Sache nichts thun, und der Prinz von Dessau, an den man sich hierauf wendete, zog es vor, überhaupt keine Antwort zu geben. Als dann die Kreishauptleute dringender wurden und den Generalen unter anderm auch vorstellten, daß die Auswanderung gerade der reichsten Bauern auch auf die Verpflegung der preußischen Truppen einen nachtheiligen Einfluß ausüben müsse, wurde zwar gegen einige der Widerspenstigen die Exekution angeordnet, andere wurden in Verhaft genommen, wieder andere unter die Rekruten gesteckt; aber lange fortgesetzt wurden diese Maßregeln nicht. Im Gegentheil, die preußischen Truppen begünstigten die Auswanderung immer offener. Hatten die Leute mit den Obrigkeiten etwas auszufechten, so erschienen sie nicht selten in Begleitung

preussischer Soldaten oder wiesen wenigstens Schreiben vor, in welchen den Obrigkeiten mit militärischer Exekution gedroht wurde, wenn sie sich den Wünschen der Auswanderer widersetzen würden; selbst Frauen führten in den Kanzleien eine drohende Sprache. Ja, die Exekution wurde gegen einen Verwalter, der einen Auswanderungslustigen in Eisen hatte schlagen lassen, thatsächlich durchgeführt; acht Dragoner mit entblößtem Seitengewehr erschienen plötzlich in seinem Zimmer mit der bestimmten Erklärung, daß sie so lange bleiben würden, bis der Verwalter den Bauern wieder frei gelassen habe. So gefördert, nahm die Auswanderung mehr und mehr überhand; nach zuverlässigen Berichten waren bis zum Juni von 14 Herrschaften beiläufig 300—400 Personen ausgewandert.

Während dies im östlichen Böhmen vorging, äußerte sich die allgemeine Zerrüttung auch in den westlichen Kreisen in einer ähnlichen, nur noch bedenklicheren Erscheinung, in Bauernaufständen.

Die Ursache derselben war neben der Noth vor allem eine gewisse Neuerungskunst; der Regierungswechsel hatte eine allgemeine Gährung der Geister hervorgerufen, die sich oft in den seltsamsten Wünschen und Bestrebungen offenbarte. Selbst die Juden wurden davon ergriffen; sie wollten in Prag die damals noch üblichen Abzeichen nicht mehr tragen, sich nicht mehr auf das ihnen zugewiesene Stadtviertel beschränken lassen. Andererseits tauchte in einer Anzahl von Prager Bürgern der Gedanke auf, alle Juden aus dem Lande zu vertreiben: ein Gedanke, den sie sogar in einer ausführlichen Bittschrift dem Könige vortrugen und zu dessen Begründung sie eine Menge interessanter Einzelheiten anzuführen wußten<sup>1)</sup>. Ein ähnlicher Geist des Umsturzes verbreitete sich auch unter den Bauern. Die Frohn-

<sup>1)</sup> Sie wurde überreicht am 29. Dez.; aus derselben ergibt sich, daß den Juden gesetzlich verboten war, Gewerbe zu treiben, und daß sie dieselben doch betrieben, ohne daß man ihnen etwas anhaben konnte, daß ihnen die Landtafel verschlossen war und daß sie trotzdem mittels einer sinnreichen Manipulation Zutritt erhielten u. s. w. Prot. d. Hofd., 5. Jan. u. 26. Febr. M. St. N. 51/23. 51/15. 51/16.

dienste, welche auf ihnen lasteten, waren ja drückend genug; 3 Tage jeder Woche gehörten das ganze Jahr hindurch der Herrschaft, zur Erntezeit sogar alle 6 Tage, und selbst die armen Häusler hatten als Tagelöhner, Drescher oder als Boten Dienste zu thun. Das sollte nun, wie die Bauern hofften, unter der neuen Regierung anders werden<sup>1)</sup>.

Schon Anfang November 1741, als der bairische General Minuzzi von Waidhausen her in Böhmen einrückte, kündigte sich die Bewegung an; vor ihm erschienen nämlich die Bauern des Gutes Meyerhöfen (dem Grafen Franz Ferdinand v. Kolowrat gehörig) und trugen ihm ihre Beschwerden gegen den Gutsherrn vor. Minuzzi, dem daran liegen mußte, das Landvolk für die neue Regierung günstig zu stimmen, gab eine Antwort, welche die Bauern als eine Verheißung vollkommener Freiheit deuten konnten. Gestützt hierauf, verlangten sie zunächst von ihrer Herrschaft eine Herabsetzung der Roboten und verweigerten sie endlich ganz, ohne daß man in der Verwirrung des Regierungswechsels sofort gegen sie einschreiten konnte.

Ihr Erfolg ermunterte bald auch die Bauern benachbarter Dörfer zur Nachahmung, umsomehr da dieselben zum Theil Adlichen gehörten, welche außer Landes waren und dem Könige die Huldigung verweigerten; die Bauern konnten mit Grund hoffen, daß ihnen die Regierung in Folge dessen günstig sein werde. Zunächst wurden ergriffen die Löwenstein'schen Herrschaften Haid und Pernartitz, die Singendorf'sche Herrschaft Triebel bei Tschernoschin, das Černin'sche Gut Alt-Pilseneß; bald erfaßte die Bewegung fast den ganzen Pilsner und einen Theil des Berauner Kreises: 21 Herrschaften mit ungefähr 60 Dörfern. Auch solche Bauernschaften erhoben sich, die nicht über besondere

<sup>1)</sup> Die Roboten werden geschildert im Verhör zweier Bauern aus Wessigau und Wiedowitz, 25. Jan., und der Beschwerde der Thun'schen Unterthanen in Felixburg; über die ersten Bewegungen außerdem: das Verhör der Bauern aus Pernartitz u. Garassen, 27. Jan., aus Haid, 30. Jan.; Bericht des Optm. Fenzl von Meyerhöfen, 1. Febr.; Franz Anton v. Bergleß an d. Pilsner Kreishptl., 2. Febr.; d. Optm. v. Altnzettlisch an dieselben, 3. Febr. M. St. A. 51/20. 51/12.

Bedrückungen zu klagen hatten; Franz Anton v. Bergleß konnte alle Einwohner der Gemeinden Langendörfler und Schönbrunn zu Zeugen aufrufen, ob er seit Beginn seiner Regierung irgendwie sie bedrückt oder ihnen mehr aufgebürdet, als herkömmlich war. Die Richter und Geschworenen antworteten einstimmig: „Nein, das können wir nicht sagen!“ Demungeachtet verharteten auch sie in ihrer Widerseßlichkeit. Es ging unter den Bauern die Rede, wer jetzt noch Frohndienste leistete, der werde sie auch in aller Zukunft leisten müssen, wer sie aber verweigere, der werde frei sein. Bei Tag und Nacht versammelten sich die Bauern zu Berathungen. Sie schossen Gelder zusammen, um Bevollmächtigte an den neuen König zu schicken; ein bairischer Invalide in Waidhausen setzte ihnen die Bittschriften auf, die sie dabei übergeben wollten. Die Herrschaften, ihre Ohnmacht erkennend, durch das Wachsen des Widerstandes geängstigt, suchten durch freundliches Zureden die Widerspenstigen zu gewinnen, bewirkten aber durch diese ungewohnte Milde nur, daß das Selbstgefühl der Bauern sich noch steigerte. Lachend zuckten sie die Achseln, wenn die herrschaftlichen Beamten beinahe bittend an sie das Verlangen stellten, daß sie wenigstens das Getreide auf die Schüttböden einführen möchten, und noch lauter spotteten und lachten sie, wenn zuletzt die eleganten Pferde der Herrschaft selbst die Fuhren besorgen mußten. Sie zweifelten gar nicht mehr, daß es mit der Macht der „Obrikeiten“ zu Ende sei. „Was der König befehle, das wolle er thun“, sagte der Richter Christl in Tissa, „aber sonst nichts; der König sei der Grundherr, der gnädige Herr dagegen nur ein Schutzherr!“

Eine schwierige Frage trat damit an die neue Regierung heran. Leicht hatte man es jetzt, den ganzen Bauernstand für immer mit der bairischen Herrschaft zu verketten, wenn man seine Wünsche erfüllte. Schon sagten die Bauern, in Hoffnung einer günstigen Entscheidung, sie hätten nie von Maria Theresia etwas wissen wollen, stets für Karl als ihren rechtmäßigen Herrn und König gebetet. Gefährlich war dagegen eine Zurückweisung; kam es zu blutigen Auftritten, so hatte man es mit den Bauern für immer verdorben; der König hatte einen ge-

fährlichen Feind mehr im Lande. Und doch war auch ein Schritt zu Gunsten der Bauern ein Wagniß. Der Adel hatte für den Augenblick noch immer die Macht in Händen; durfte man es darauf ankommen lassen, durch eine kühne Neuerung ihn in's feindliche Lager zu drängen? Wie man sich also entscheiden mochte, jeder Entschluß drohte Verderben.

Die Hofdeputation freilich konnte nicht zweifelhaft sein, welche Partei sie zu wählen habe; bestand sie doch selbst ausschließlich aus Adlichen und war doch eines ihrer Mitglieder, Graf Hermann Cernin, durch den Aufstand der Mtpilseneker sogar direkt in Mitleidenschaft gezogen. Sie befahl daher sogleich den Kreishauptleuten gegen die Widerspenstigen mit Strenge einzuschreiten, und es wurden in der That schon damals einige Bauern in Eisen geschlagen. Aber das schien nicht genug. Da die Bauern sich ausdrücklich auf den König beriefen, da sie erklärt hatten, daß sie nur diesem und niemanden sonst gehorchen würden, so sollte der König ausdrücklich die Robot-Patente bestätigen und so den Bauern jeden Vorwand zu weiterem Widerstande nehmen. Mit dieser Bitte wandte sich die Hofdeputation an den König.

Damit sah sich Karl nun thatsächlich vor die verhängnißvolle Wahl gestellt, entweder den Adel oder die Bauern von sich stoßen zu sollen; er suchte in dieser Lage, wie es unentschlossenen Charaktern eigen ist, beides zu vermeiden. Indem er sich einerseits zwar weigerte, die Patente zu bestätigen, was den Bauern alle Hoffnungen genommen hätte, gab er andererseits doch der Hofdeputation Vollmacht, dies in seinem Namen zu thun. Von ihr sollten die gehässigen Befehle, von ihr auch die Strafen ausgehen.

Wenn Karl Albrecht mit diesem Vorgehen die Absicht hatte, seine Beliebtheit beim Bauernstande zu erhalten, so wurde dies erreicht. Noch lange nachher behaupteten die Bauern, die Herren hätten jene Befehle nur deshalb im Namen des Königs verkündigt, um ihn beim Volke mißliebig zu machen; sie, die Bauern, hätten sich aber nicht täuschen lassen.

Dennoch war der Erfolg nicht ganz der erwartete. Da nicht der König selbst, sondern nur in seinem Namen die Hofdeputation gesprochen hatte, die, wie die Bauern es ansahen, in der Sache selbst Partei war, so glaubten sich diese nicht zum Gehorsam verpflichtet. Die unterthänigen Bauern zu Tiffa, Tomnau, Bogelsang, Darmschlag u. s. w. weigerten sich sogar, auch nur in's Schloß zu kommen, als man ihnen die Patente vorlesen wollte; habe man ihnen etwas zu sagen, so solle man zu ihnen in das Geschworenenhaus sich begeben. Drei Mal wurde der Amtsknecht hinabgeschickt, um ihnen vorzustellen, „daß doch die Beamten nicht den Unterthanen nachgehen könnten“, aber immer vergeblich. Sa, die Bauern hielten die Patente nicht einmal für echt, sie sahen darin nur Fälschungen der Obrigkeiten; demgemäß erklärten sie: „Es möchten so viele Patente hier sein, als man wolle, so seien doch schon wieder andere da, in denen das Roboten verboten würde.“ Die Wirthschaftshauptleute mochten immer ihr Hab' und Gut zum Pfande setzen, daß dem nicht so sei; bei den Bauern fanden sie keinen Glauben<sup>1)</sup>.

Dazu kam, daß auch die Antwort, welche die Abgesandten der Bauern in Prag erhalten hatten, ziemlich zweideutig war. „Sie sollten thun“, war ihnen gesagt worden, „was die andern thun würden.“ Die Bauern deuteten dies natürlich: „Nicht roboten, da auch die andern nicht roboteten.“ Auch waren die Bauern, seitdem sie jene Antwort von dem Kommandanten von Prag erhalten hatten, überzeugt, daß außer dem Könige auch das französische Militär ihnen günstig sei. Gefältschte Zettel, angeblich unterschrieben von französischen Generalen, machten unter ihnen die Kunde; man las darauf, daß die Bauern nicht eher zu roboten brauchten, als bis es der König ihnen

<sup>1)</sup> Der Hptm. von Tachau an d. Pilsner Kreisshptl., 4. Febr.; Zeugenaussage über eine stürmische Scene in der Amtskanzlei zu Mariafels, 5. Febr.; d. Hptm. v. Darmschlag an Herrn v. Pergleß, 5. Febr.; Leopold v. Pergleß und d. Hptm. v. Weißenjulz an d. Pilsner Kreisshptl., 6. u. 19. Febr. und 7. Febr.; d. Hofd. an d. Hofkanzlei, 6. u. 9. Febr., und an d. König, 6., 9. u. 12. Febr.; Gutachten d. Hofkanzlei (ohne Datum). M. St. N. 51/12. 51/15. 51/20.

selbst und ausdrücklich befehlen würde. Ja, es ging das Gerücht, daß in Pilsen ein französischer General sich befinde, der bereits Vollmacht habe, den Bauern volle Freiheit zu verkündigen. In Folge dessen gingen Mitte Februar nächstlicher Weile an alle Dörfer des Pilsner Kreises Boten mit der Aufforderung, an einem bestimmten Tage in Pilsen sich einzufinden, um der Verkündigung beizuwohnen. Scharenweise gehorchten die Bauern dem Rufe, zur großen Bestürzung der Kreishauptleute, die dem anströmenden Landvolke vergeblich zu beweisen suchten, daß seine Hoffnungen nur auf einem Mißverständnisse beruhten<sup>1)</sup>.

Unter solchen Umständen war es auch schwer, die Strafen gegen die Widersetzlichen, welche die Hofdeputation angeordnet hatte, in Vollzug zu setzen. Als der Hauptmann des Gutes Meyerhöfen den aufrührerischen Gemeinden mit Soldaten drohte, antworteten sie mit Gelächter: „Wenn es nach seinen Drohungen ginge, müßten die Soldaten längst da sein.“ Die Haltung der Menge war dabei so drohend, daß der Hauptmann nicht wagte, einen gefangen nehmen oder mit Ruthen streichen zu lassen; er fürchtete, selbst erschlagen zu werden. Nicht viel besser ging es auf der Herrschaft Mariafels. Hier hatte man zwar schon die Verhaftung zweier Rädelsführer glücklich bewerkstelligt, die Folge aber war, daß die ganze Bauernschaft der Orte Tonnuau, Wiedowiz, Wessigau und Ostrau in der Amtskanzlei zu Mariafels erschien, um die Freilassung der Gefangenen zu verlangen. Der Richter von Wiedowiz, als Sprecher der Bauern, trug die Bitte vor. Aber der Hauptmann ließ sich nicht einschüchtern; statt aller Antwort fragte er die Bauern in höhnischem Tone, was denn ihre Abgesandten in Prag ausgerichtet hätten, und als die Bitte wiederholt wurde, setzte er ihr ein entschiedenes: Nein! entgegen. Ein zorniges Murren erhob sich. Dadurch

<sup>1)</sup> Als französische Offiziere nach Plan kamen, sagte deshalb der dortige (österreichisch gefinnte) Wirtschaftshauptmann zu den Bauern: „Geltet, sind euere Abgötter wieder hier gewesen?“ Der Richter in Mähring an den Amtsschreiber in Waldbassen (in Baiern); Verhör der zwei Altentzettelischen Abgeordneten, 9. Febr.; Bericht d. Hofd. v. 19. Febr. mit einem beiliegenden gefälschten Zettel. M. St. N. 106/32. 51/20.

gereizt, wollte der Hauptmann den Richter von Wiedowitz in Eisen schlagen lassen; aber so weit reichte seine Macht doch nicht mehr. Die Bauern umringten ihren Sprecher so dicht, daß die Büttel nicht an ihn herankommen; in stürmischem Getümmel, mit dem Rufe: Nur fort, nur fort! drängten sie sich zur Thüre hinaus.

Zu offenen Gewaltthaten war es indessen bis dahin noch nicht gekommen. Daß auch diese nicht ausblieben, dazu trugen die großen Steuerausreibungen, die eben damals auf Rechnung der 6 Millionen stattfanden, und die übermäßigen Lieferungen für die Truppen sicher das meiste bei. Anfangs zwar leisteten die Bauern jene Abgaben und Lieferungen mit einer gewissen Freudigkeit, weil sie dadurch einen um so größeren Anspruch auf die Gunst des Königs und der Soldaten zu erlangen hofften; denn von ihnen erwarteten sie ja die Befreiung von den Frohnden<sup>1)</sup>. Als aber diese Besteuerung bis in's Unerträgliche sich steigerte und andererseits die Aussicht auf Herabminderung der Roboten mehr und mehr schwand, da bemächtigte sich der Bauern eine geradezu verzweifelte Stimmung. Manche sagten: „Wenn andere gehängt werden, so werden wir halt auch gehängt.“ Sie ruinirten jetzt die Wälder und schossen das Wild ab, obwohl sie voraussehen konnten, daß dies nicht straflos bleiben würde. Die Domašlager drohten ihrem Richter und ihrem Geschworenen, sie niederzuschlagen, wenn sie etwa arbeiten würden, und erklärten, daß sie den Unterthanen der Nachbardörfer die Räder an den Wagen zertrümmern würden, wenn sie damit im Dienste der Herrschaft über Domašlager Grund fahren würden<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Am 7. Juni beklagen sich die Wiedowitz'er und Wessigauer ausdrücklich, daß sie „neben dem Kriegsscharwerk“ überhaupt noch frohnden müßten; sie glaubten also durch das eine von dem andern frei zu sein.

<sup>2)</sup> Den Zusammenhang dieser gewalthätigen Gesinnung mit der herrschenden Noth stellt ein Bericht der Pilsner Kreishauptleute v. 17. Febr. vor Augen; vergebens suchten diese den Bauern klar zu machen, daß die gegenwärtigen Bedrückungen nicht von ihnen, auch nicht von der Hofdeputation, sondern gerade von den fremden Truppen herrührten. M. St. N. 51/20.

Und bald kam es zu noch Schlimmerem. Ferdinand v. Stampach hatte einen Bauernknecht wegen Faulheit abstrafen lassen; der Bauer, dem der Knecht gehörte, brach darüber in Schmähreden gegen den Gutsherrn aus, und dieser glaubte sich berechtigt, den Bauern mit seinem spanischen Rohre höchstehändig zu züchtigen. Damit aber war er an den Unrechten gekommen. Der wüthende Bauer, welcher gerade eine Wagenkette in der Hand hielt, gebrauchte diese als Waffe, so daß der Gutsherr alsbald, aus 5 Kopfwunden blutend, zu Boden sank.

Fast noch ärger ging es in Domaschlag zu. Herr Leopold v. Bergleß hatte seinen Kornschreiber dahin abgesandt, um die Bauern auf Grund der neu erschienenen Patente zur Leistung von Getreidefuhrn zu bewegen. Diese erschienen, antworteten aber auf die Vorlesung der Patente mit den ärgsten Schimpfreden, indem sie den Kornschreiber einen Fälscher und Betrüger nannten. Alles freundschaftliche Zureden war umsonst. „Wir thun nichts mehr, wir thun nichts mehr“, riefen die Bauern einstimmig und drängten zur Thüre hinaus.

Vielleicht wäre es dabei geblieben, wenn nicht der Kornschreiber den Einfall gehabt hätte, nachträglich noch einen Akt der Justiz zu üben. Er hatte drei von den Bauern mit Namen zum Bleiben aufgefordert; zwei von ihnen, der Schneider Hansl und ein gewisser Zischka, mochten Unrath gewittert haben und hatten sich mit den übrigen geflüchtet, nur der dritte, ein gewisser Budna, blieb und wurde von dem Kornschreiber gefangen genommen. Um seine Beute zu sichern, ließ der Kornschreiber sofort das Thor hinter den abziehenden Bauern versperren, erregte aber vielleicht gerade dadurch den Argwohn derselben. Kaum nämlich merkten die Bauern, daß einer von den Thyrigen fehle, so kehrten sie, nachdem sie sich rasch mit Hacken, Prügeln und Heugabeln bewaffnet, um, in der Absicht, den Gefangenen zu befreien. Andere liefen in's Dorf, läuteten Sturm, schlugen Lärm mit der Trommel, um Hülfe herbeizurufen. Wirklich kamen in kurzer Zeit aus den Nachbardörfern an 100 Mann herangezogen, denen die Domaschlager Weiber „armweis“ die Mist- und Heugabeln zutrug. Bald war das Thor gesprengt, und

die Bauern drangen ein. Von einem Garten rissen sie die Stateten und Kiegel los. Ein Vogelfanger Unterthan, der ihnen entgegentrat, war der erste, welcher niedergeschlagen wurde. Gleich darauf wurde auch der Kornschreiber von einem großen Kiegel über den Kopf getroffen, daß er bewußtlos niederfiel. Noch wie er am Boden lag, versetzte ihm ein junger Bauer mit einem Prügel einen solchen Hieb über die linke Hand, daß der Prügel in zwei Stücke zersprang. Auch der Nachtwächter und der Hoffschaffner wurden derart geprügelt, daß der eine noch lange hernach krank lag. Eine seltsame Mischung von Wuth und Verzweiflung spricht aus den Schreien, die während dieses Kampfes laut wurden: „Brüder, in Gottes Namen! rücket zu, schreiet, schießet, wer zu schießen hat! Jesus, Maria, Josef! Stehet unserer armen Seele bei! Schießet zu, schießet zu! Wir müssen nun einmal sterben, es gehet Blut für Blut!“ So drang der Haufe bis vor die Thüre der Amtsstube; auch diese wurde gesprengt, und der Gefangene war befreit. Höhnisch trat Wubna vor den Kutscher, der ihn hatte bewachen sollen und der nun selbst, von den Bauern niedergeschlagen, auf dem Boden lag, ihn bittend, „er solle ihm doch Geld leihen für den Strick, an dem er, Wubna, gehängt werden sollte; er selbst habe keinen einzigen Kreuzer bei sich.“

So zogen sie ab. Merkwürdig ist, daß bald darauf einige zurückkehrten, um das niedergerissene Thor wieder aufzurichten; dennoch schrieen sie noch aus der Ferne: „Es solle sich von dem Schlosse keiner auf der Gasse sehen lassen, sonst würden sie ihn todtschlagen“<sup>1)</sup>.

Damit waren Zustände eingetreten, welche die Anwendung von Waffengewalt fast unvermeidlich erscheinen ließen; kläglich aber war es, daß die Hofdeputation die Truppen, die dazu nothwendig waren, bei fremden Generalen sich erbitten mußte, und noch beschämender war es, daß diese lange Zeit hindurch gar nicht einmal Lust zeigten, diesem Begehren zu willfahren.

<sup>1)</sup> Leopold v. Bergleß an d. Pilsner Kreisshptl., 19. Febr.; diese an d. Hofd., 22. Febr.; diese endlich an Karl VII., 23. Febr. M. St. N. 51/16. 51/20.

„Die französische Armee“, hieß es, „sei nicht dazu da, um mit Bauern Krieg zu führen; warum habe die Hofdeputation die Unruhen nicht früher unterdrückt, warum habe sie dieselben zu einer solchen Höhe heranwachsen lassen?“ Nicht eher, erklärten die Franzosen, würden sie gegen die Bauern einschreiten, als bis diese auch die Lieferungen für die französischen Truppen verweigern würden. Man sieht, die Franzosen blieben auch jetzt noch, unbekümmert um die Verlegenheit der Regierung, bei ihrer bauernfreundlichen Haltung. Zum Glück für die Hofdeputation liefen aber eben damals Berichte ein, nach welchen die Bauern auch die Beiträge für die Verpflegung der französischen Truppen verweigerten; obwol es lediglich die Noth war, welche die Bauern zu diesem Schritte trieb, so wurde er doch von der Hofdeputation benutzt, um Sechelle und den Marschall Broglio von der Nothwendigkeit eines bewaffneten Einschreitens zu überzeugen<sup>1)</sup>.

Aber auch dieses hatte nicht sogleich Erfolg. Als 35 Mann gegen die Dörfer Ostrau und Tonnau auf den Singendorf'schen Herrschaften Trpist und Triebel vorrückten, um zwei der Rädelshführer gefangen zu nehmen, eilten auf das Geschrei des zunächst Bedrohten und seines Weibes sämtliche Bauern und ihre Knechte, alle mit Hacken, Spießern und Stangen bewaffnet, herbei, es wurde Sturm geläutet, Boten eilten in die Nachbardörfer, um sie zum Beistande aufzurufen, und der Mannschaft blieb endlich nichts übrig, als unverrichteter Sache abzuziehen. In dem zweiten Dorfe richtete sie in Folge dessen natürlich noch weniger aus. Hier war alles gewarnt, die Einwohnerschaft stand mit Spießern und Stangen, langem und kurzem Gewehr zum Kampfe bereit und begann alsbald auf die Heranrückenden zu schießen, die denn endlich auch hier der Uebermacht weichen mußten. In gleicher Weise wurden auch die ersten 30 Mann, welche die Regierung gegen die Meyerhöfner sandte, zurückgetrieben<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Hptl. d. Berauner Kreises an d. Hofd., 24. Febr.; Prot. d. Hofd., 23. u. 27. Febr.; d. Hofd. an Karl VII., 23. Febr. u. 29. März; Votum d. Hofkanzlei, 23. Febr. u. a. M. St. N. 51/22. 51/16. 51/20.

<sup>2)</sup> Bericht d. Bilsner Kreishptl., 22. Febr.; Karl VII. an d. Hofd., 12. März M. St. N. 51/16. 51/20.

Nun aber war auf französischer Seite auch die militärische Ehre gefährdet; Sechelle befahl daher, daß drei ganze Kavallerieregimenter gegen die Bauern aufgeboten würden, und diese stellten denn auch ohne viel Mühe die Ruhe wieder her. Aus Meyerhöfen wurden 15 der am meisten Gravirten in Haft gebracht; diese und diejenigen, welche man schon früher da und dort ergriffen hatte, wurden nach Pilsen und später zum Theil nach Prag geschafft, um hier standrechtlich abgeurtheilt zu werden. Allzuharte Strafen wurden nicht verhängt, insbesondere wurde, so viel wir wissen, kein Todesurtheil ausgeführt, obwohl die französischen Truppen, über den Widerstand, den sie gefunden, erbittert, dies verlangten. Der König wollte eben die Leute nicht auf's äußerste treiben. Waren doch die Folgen der Unruhen trotzdem traurig genug; verödete Bauerngüter, deren Besitzer in Haft saßen oder, um der Verhaftung zu entgehen, in die Wälder geflohen waren, sah man an vielen Orten des Pilsner Kreises. Hierzu kam, daß die Herrschaften die wiedergewonnene Macht zu neuen Bedrückungen mißbrauchten und dadurch neue Klagen der Bauern erregten. Der König ließ diesen Klagen ein geneigtes Ohr; ja es scheint sogar, als habe er später entschieden für die Bauern Partei nehmen wollen, als bis dahin geschehen war, ohne Zweifel in Erwägung des Umstandes, daß die Unzufriedenheit des Bauernstandes sehr leicht von seinen Feinden zu ihrem Vortheile ausgebeutet werden könnte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Außerordentlich bauernfreundlich (freilich zugleich auch feindselig gegen den Adel) zeigte sich Karl VII. im Jahre 1744, als die preussischen Siege ihm Hoffnung auf Rückkehr machten; er wollte den Bauern alle die Freiheiten bewilligen, „welche ihnen Belleisle im Jahre 1742 versprochen“. Von einem solchen Versprechen Belleisle's ist freilich sonst nichts bekannt. Beschwerden der Felixburger Unterthanen (undatirt u. 5. April), der Meyerhöfner und Pstraumberger (undatirt); Gutachten d. Hofkanzlei über diejenige der Wessigauer und Wiedowitzer, 7. Juni; Karl VII. an d. Hofd., 12. April u. 10. Juni; Prot. d. Hofd., 20. April; Ausschreiben des von M. Theresia eingesetzten Bunzlauer Kreisshptm., 15. Juli; Hofkammerrath Dejer an Karl VII., 30. Sept. 1744; Praidlohn an Kaiserstein und an Dejer, 27. Okt. 1744; Bish., Sekr. d. Fhrn. v. Wezel in Dresden, an Praidlohn, 23. Nov. 1744. M. St. N. 51/12 — 51/22. 106/32.

Indessen, wie dem auch sein mochte, dem Könige blieb keine Zeit mehr, eine neue Politik zu beginnen. Er hatte damals die Absicht, noch einmal persönlich in Böhmen zu erscheinen, zunächst um sich krönen zu lassen, dann auch um mit eigenen Augen zu sehen, wie die Dinge stünden und wie den vorhandenen Uebeln abzuhelpen sei. Aber schon die Verhandlungen über diese Krönungsreise hatten etwas Trübseliges; man sollte Pracht entfalten mitten in Elend und Verarmung! In dem verödeten Lande mangelte es selbst an Futter für die zahlreichen Pferde des königlichen Gefolges, und der Adel mußte sich im voraus entschuldigen, daß er im Glanze der Livreen mit früheren Einzügen nicht wetteifern könne. Waren doch die meisten Adlichen so arm geworden, daß sie nicht einmal Reitpferde und Zugpferde zu gleicher Zeit sich halten konnten und den König bitten mußten, mitzutheilen, ob er reitend oder im Wagen fahrend einzuziehen gedente, damit sie sich danach richten könnten. Um das Maß voll zu machen, fehlte sogar die Krone, die schon vor der Eroberung nach Wien gebracht worden war.

Die Krönung ist denn auch nie zu Stande gekommen, da die kriegerischen Ereignisse den Kartenbau der bairischen Herrschaft in Böhmen bald darauf vollständig umstürzten. Den ersten Stoß hatte sie schon durch den im Januar und Februar des Jahres 1742 erfolgten Einbruch der Panduren und Kroaten in Baiern erfahren; fiel doch selbst München damals in österreichische Hände (13. Febr.). Ein zweiter, noch schlimmerer Stoß traf sie, als im Juni desselben Jahres Friedrich II. von Preußen mit den Oesterreichern Frieden schloß (Präliminarfriede zu Breslau am 11. Juni). Was nun folgte, ist bekannt. Ihres gefährlichsten Feindes ledig, warfen sich die Oesterreicher mit doppelter Wucht auf die bairisch-französischen Truppen in Böhmen. Einen Halt hatte das fremde Regiment nach dem, was geschehen war, fast nirgends im Lande; die Bevölkerung war den Franzosen größtentheils feindselig gesinnt und begrüßte die Oesterreicher als Befreier. Zuletzt hielten sich die Franzosen nur noch in Prag, wo sie, um sich vor Verrath zu sichern, ein förmliches

Schreckensregiment über die Einwohner verhängten<sup>1)</sup>. Aber der gehoffte Entsatz blieb aus. So sah man denn endlich in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1742 einen traurigen Zug von Flüchtlingen von Prag auf abgelegenen Wegen durch Schnee und Eis nach Eger ziehen. Von Hunger erschöpft, von Frost erstarrt, mußten Tausende unterwegs zurückbleiben, die dann den verfolgenden Husaren in die Hände fielen. Nur etwa 8000 Mann kehrten glücklich nach Frankreich zurück von jener stolzen Armee, die vor Jahresfrist ihren glänzenden Einzug in Böhmen gehalten.

Das war das Ende des kurzen Traumes von Eroberung und Herrschaft. Welch ein Unterschied zwischen dem, was man dem Lande hatte bringen wollen, und dem, was man wirklich gebracht! Versprochen hatte man: „Nichts als lauter Glückseligkeit, neuen Flor und neues Aufkommen“; wirklich eingetreten waren: Krieg, Krankheiten, Verarmung, Strafen, Exekutionen, Auswanderung und Empörung, ja der völlige Ruin beinahe für Land und Volk. Man wird den unglücklichen Fürsten, der eine Zeit lang als Flüchtling in der Fremde lebte und dann in seine Heimat nur zurückkehrte, um daselbst zu sterben, nicht allzuschwer anklagen wollen, auch war sein persönliches Verschulden nur gering; dennoch mußte es für Böhmen als ein Glück erscheinen, daß auch sein Königthum, wie das jenes früheren Wittelsbachers, nur ein „Winterkönigthum“ gewesen war.

---

<sup>1)</sup> Nach der „Generale“ mußten alle Einwohner Lichter in die Fenster setzen; wer sich bei Nacht am Fenster oder gar auf der Straße zeigte, sollte niedergeschossen werden u. s. w. Hist. de la dern. guerre de Bohême 6, 162.